Freitag, 16. März 1923. Einzelnummer 250 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 61.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Ausgabestellen 7800.—
durch Zeitungsboten 8000.—
im Postamt 8500.—
ins Ausland 10000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 160.— M. Reklameteil 480.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M., Reklameteil 480.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

An den Sattel des Streitrosses gebunden.

In seinem neuesten Artikel in der „D. Allg. Ztg.“, überschrieben „Frankreichs Gefahr im Ruhrgebiet“, untersucht Lloyd George die Schwierigkeiten der französischen Regierung bei der Lösung des Ruhrproblems und die Pläne zur Revision des Versailler Friedens. Das Ergebnis der Ruhrbesetzung ist, daß Europa immer mehr krisenhafte Erschütterungen und immer weniger Kohle hat. In Frankreich hat Loucheur das Ruhrunternehmen mißbilligt. Er ist ein bewundernswerter Wetterprophet und deckt sich heute noch mit der öffentlichen Meinung des Landes, indem er Poincaré unterstützt, sichert sich aber jeden möglichen Umschwung von morgen durch seine Erklärung, daß er dieselbe Politik, die er unterstützt, nicht billige.

Es ist nun die Frage, ob die französische Regierung überhaupt versuchen wird, sich aus den Schwierigkeiten herauszuwinden, in die sie ihr Land und Europa gestürzt hat. Leider gibt es verschiedene Gründe für die Annahme, daß die Regierung Poincarés noch weiter in den Flugsand hineintappt. Der Sturz Poincarés könnte nicht vorbereitet werden, ohne daß ein Nachfolger im Hintergrunde wartet. In Frankreich ist nun die Schwierigkeit, daß kein Politiker den Vorwurf auf sich nehmen möchte, zum Rückzug geraten zu haben. Man würde dann in Frankreich sagen, daß der Erfolg sicher gewesen sei und ohne die Feigheit und Perfidie des neuen Ministers Frankreich aus allen Schwierigkeiten triumphierend hervorgegangen wäre. Die französische Regierung ist also an den Sattel des Streitrosses gebunden und förmlich gezwungen, weiter zu reiten. Die ursprünglichen Anstifter dieses Unternehmens entwickeln daher immer neue Energie, um die Regierung zu neuem Wahnsinn fortzureißen.

In dieser Woche wurde von Paris aus der Vorschlag eines neuen Friedensvertrages gestartet, der den Versailler Vertrag ersetzen soll. Deutschland soll danach weiter verstümmelt und zu einem wirtschaftlich von Frankreich vollkommen abhängigen Staat gemacht werden. England und Amerika werden gar nicht erst eingeladen, an der neuen Friedenskonferenz teilzunehmen, sondern sollen bloß gnädig von den Bedingungen unterrichtet werden. Das Ministerium Poincaré hat sich zwar noch nicht durch eine offene Erklärung zu diesem Plane bekannt. Es ist jedoch von übler Vorbedeutung, daß er von denselben Männern stammt, die die Regierung in das Ruhrunternehmen hineingetrieben haben, d. i., wie sich Lloyd George ausdrückt, von wirren Köpfen, die von einer üblen Mischung von Haß, Gier und militärischer Anmaßung vergiftet sind. Auch hat bisher weder Poincaré noch einer seiner Leute den Plan zurückgewiesen. Bei der völligen Unbestimmtheit, die der französische Ministerpräsident über seine Absichten breitet, kann er sich schließlich jeden Plan zu eigen machen.

Das, was Poincaré wirklich will, weiß man nach Lloyd George auch in England nicht. Der frühere Ministerpräsident, der das englische Blaubuch über den Abbruch der Pariser Konferenz studiert hat, hat daraus ersehen, daß die englische Delegation keineswegs bemüht war, den Abbruch zu verhindern, sondern sofort die Flinte ins Korn geworfen hat. Aus dem Blaubuch ist auch nirgends zu ersehen, was Deutschland hätte tun sollen, um nach Poincarés Ansicht den Einmarsch ins Ruhrgebiet zu verhüten. Allerdings ist auch niemals von anderer Seite während der Konferenz die Frage nach seinen Bedingungen gestellt worden. Die Folge ist, daß niemand weiß, unter welchen Bedingungen die französische Armee das Ruhrgebiet räumen würde. Bonar Law, danach im Unterhaus befragt, konnte keine Antwort geben. Man kann überzeugt sein, daß Poincaré selbst heute vergessen hat, warum er einmarschiert ist. Er wird also so lange dort bleiben, bis ein Zufall der Welt jene Antwort verschaffen wird. Denn es ist nun einmal so, daß die meisten menschlichen Tragödien auf einem Zufall beruhen.

Soweit Lloyd George, dessen politische Lernfreudigkeit anzuerkennen ist. Welches ist nun die wahre und wirkliche Stimmung in Frankreich?

In der Pariser Presse kommt sie nur nebenbei einmal zum Ausdruck und wird meist von den Fanfaren einer erheuchelten Hoffnungsfreudigkeit übertönt. Eine etwas indiskrete, aber jedenfalls sehr interessante Analyse der wahren französischen Stimmung gibt der Pariser Vertreter des großen italienischen Blattes „Corriere della Sera“ unter dem Titel: „Der Ruhrschatten“. Wie dieser übrigens von Poincaré entzückte Korrespondent feststellt, lagert über Frankreich eine schwere Sorgenwolke. Die bei Beginn der Ruhraktion geweckten Hoffnungen und Illusionen seien geschwunden. Wenn trotz der gedrückten Stimmung in Paris ein scheinbar ausgelassenes Treiben herrsche, so sei dies nur den aus der ganzen Welt nach Paris geeilten Fremden zuzuschreiben. Die Bevölkerung selbst sei tief bekümmert, daß Frankreich vier Jahre nach dem Siege unter der schlecht verhehlten „Feindseligkeit gewisser Alliierter“ (natürlich England und Italien!) noch zu so riskanten Gewaltmitteln greifen müsse. Es herrsche im französischen Volke ein Mißbehagen, das sich nicht lärmend äußere, aber darum desto tiefer gehe. Dazu komme die zunehmende Teuerung. Ein wahres Glück sei, daß der natürliche „Bonsens“ des französischen Volkes die kommunistische und defaitistische Propaganda nicht aufkommen lasse. Immerhin gewinne der heimtückische Einfluß gewisser radikaler Blätter so bedenklich an Boden, daß er gewisse Besorgnisse rechtfertige. Die Unzufriedenheit richte sich gegen Clemenceau und seine Leute, die es nicht verstanden hätten, Deutschland völlig und für alle Zukunft zu vernichten. Aber auch Poincaré werfe man Mangel an Energie vor. Der Korrespondent schließt, dies allgemeine Unbehagen lähme aber nicht etwa die Festigkeit und Energie, sondern steigere sie im Gegenteil. „Indessen,“ so schließt dieser italienische Bewunderer Poincarés sorgenvoll, „wie wird es Frankreichs Willenskraft gelingen, sich durchzusetzen, und wie lange kann, ohne die Gefahr schwerster Verwickelungen, die heutige Lage andauern? Die höchsten militärischen Behörden schließen die Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten deutschen Revolte aus, die sofort niedergeschlagen würde. Aber die äußersten Hypothesen sind nicht immer die gefährlichsten. Wie die Erfahrung der Kriegsjahre gelehrt hat, bleibt die Zukunft stets ein Geheimnis. Jedenfalls ist im Schatten und Rauch der Ruhr kein Lichtstrahl bemerkbar.“

Ein deutliches Anzeichen, daß man in Paris an höchster Stelle vollkommen den Ernst der Lage erkennt, ist eine kürzlich gehaltene Rede des Präsidenten Millerand über die Ruhrbesetzung. Dieser wies nämlich auf die Nervenprobe hin, die die Franzosen zur Zeit der Kämpfe um Verdun ablegen mußten. Das war, so sagt Millerand, die schwerste Belastungsprobe, die Frankreich jemals ausgehalten hat. Jetzt gilt es wieder für Frankreich, ruhige Nerven zu behalten angesichts der Schwierigkeiten im Ruhrgebiet. Dieser Ver-

Die Entscheidung über Polens Ostgrenzen.

Aus Paris wird gemeldet: Ueber die Ostgrenzen Polens ist jetzt entschieden **worden, und zwar entspricht die Entscheidung im allgemeinen den Wünschen Polens.** Einzelheiten werden morgen gemeldet werden.

In Warschau ist die Nachricht von der Entscheidung des Botschafterrates über die Anerkennung der Ostgrenze Polens am Mittwoch spät abends eingetroffen. Die Entscheidung erkennt die Grenze nordöstlich gegen Litauen und die Rigaer Vertragsgrenze im Osten gegen Rußland de facto an.

Skrzyński in Paris.

Außenminister Skrzyński ist am Dienstag abend in Paris eingetroffen. Auf dem Bahnhof erwarteten ihn Mitglieder der polnischen Gesandtschaft mit dem Grafen Zamoyski an der Spitze, der Protokolldirektor im französischen Außenministerium und zahlreiche Vertreter der polnischen Kolonie.

Litauen und Memel.

Litauen nimmt die Entscheidung der Botschafterkonferenz an.

Die Havas-Agentur erfährt, daß die litauische Regierung die Botschafterkonferenz von der Annahme der Entscheidung über die Zuerkennung Memels an Litauen mit der Einräumung, daß ein Vertrag mit Polen über Transiterleichterungen abgeschlossen wird, in Kenntnis gesetzt habe. Im Zusammenhang damit hat die Kownoer Regierung ihre Vertreter nach Paris entsandt. Sie sollen mit den Delegierten Polens unter der Ägide der Botschafterkonferenz über die Einführung des neuen Organismus beraten. Die Memeler Regierung hat sich bereits vorher diesem Verfahren angeschlossen.

Die Arbeiten der Memellandkommission.

Die Ostagentur berichtet: Die Memellandkommission in Kowno hat ihre Arbeiten begonnen und folgendes Arbeitsprogramm festgelegt: 1. Die praktischen Seiten der Einführung der litauischen Valuta; 2. die Einführung des litauischen Zolltarifs in Memel; 3. die Verbesserung der Verbindung zwischen Kowno und Memel. Für diese drei Sonderfragen sind Unterkommissionen gebildet worden.

Eine Abordnung des Memellandes in Kowno.

Eine aus 13 Mitgliedern bestehende Abordnung des Memellandes ist in Kowno eingetroffen, um mit den litauischen Behörden über Wirtschaftsfragen zu verhandeln, deren Regelung durch die Übernahme des Memeler Gebiets durch Litauen notwendig geworden ist. Die Abordnung wurde vom Ministerpräsidenten empfangen, und die Verhandlungen haben unter Teilnahme des Direktors des litauischen Departements begonnen.

Eine Denkschrift des Memeler „deutschen Heimatbundes“.

Wie die Ostagentur erfährt, hat der „Deutsche Heimatbund“ durch die Abordnung eine Denkschrift in Kowno überreichen lassen, in der unter anderem die Erhaltung der deutschen Sprache in den Schulen und Ämtern und die Freiheit des Bekenntnisses und der gesellschaftlichen Organisationen verlangt wird. Politisch soll Litauen einen Staatenbund darstellen, Memel aber in innerpolitischer Hinsicht absolute Autonomie bewahren mit einer eigenen gesetzgeberischen Körperschaft. Litauen soll in Memel Freiwillige werben dürfen, aber nicht das Recht haben, in Memel eine eigene Armee zu unterhalten.

Die Zeitungen in Memel.

Der Memeler Presse ist mitgeteilt worden, daß sämtliche in Memel bisher verbotenen Zeitungen, auch die von den Franzosen verbotenen deutschen Zeitungen wieder eingeführt werden dürfen. Sie werden aber erneut verboten werden, falls die Artikel und Veröffentlichungen nach den Verfügungen des Landesdirektoriums nicht geduldet werden können.

Einst und jetzt.

Zu der Nachricht, daß die Litauer in Memel, ohne das Ergebnis der von der Leitung des Luisen-Gymnasiums angeordneten Befragung über wahlfreie Einführung des litauischen Unterrichts abzuwarten, beschlossen haben, das Litauische als Zwangsfach einzuführen, schreiben die „Danziger Neuester Nachrichten“:

Vielleicht ist als Erinnerung die Mitteilung nicht uninteressant, daß schon vor Jahrzehnten die preußische Regierung verfügt hatte, daß auf den höheren Schulen in Memel und Tilsit deutschen Schülern, die an litauischen Unterrichtskursen teilnahmen, besondere Vergünstigungen gewährt werden sollten, um die Kenntnis der litauischen Sprache, die in den Städten des Memelgebiets stark zurückgegangen war, wieder zu beleben.

Die Bedeutung der Brüsseler Beschlüsse.

15000 Mann neue Truppen ins Ruhrgebiet. — Ablösung von Coste und Degoutte. — Baldige Besetzung von Darmstadt.

Nach dem Berichterstatter der „Dt. Allg. Ztg.“ ist die wirkliche Bedeutung der Brüsseler Konferenz nicht die, die der erste Eindruck der amtlichen Mitteilung hervorrufen soll, denn diese Mitteilung ist äußerst vorsichtig abgefaßt und richtet sich ebenso nach London wie nach Berlin. Auf London nahm besonders der belgische Minister Jaspar große Rücksicht. Wenn das „Oeuvre“ heute morgen betont, daß jetzt zum ersten Male amtlich von der Möglichkeit einer Räumung des Ruhrgebiets gesprochen worden ist, so ist dies nicht allzu hoch zu bewerten. Das ist eben der Zweck dieser Kundgebung. Frankreich sucht jetzt die maskierte Annexion vor der Welt möglichst zu verschleiern, darum die leeren Worte von möglichen Verhandlungen, ohne aber die wirklichen Bedingungen mitzuteilen. Man war in Brüssel einmal „ganz unter sich“, ohne den englischen Bundesgenossen und auch ohne den amerikanischen Beobachter. Die französische und die belgische Regierung sind sich voll bewußt, daß sie ihren Ländern jetzt sichtbare Beweise von einem Erfolg der Ruhraktion bringen müssen, denn bis jetzt ist diese lediglich unproduktiv und höchst beschwerlich verlaufen.

Die französische Regierung hat, wie das „Echo National“ meldet, die **sofortige weitere Entsendung von 15000 Mann** ins Ruhrgebiet beschlossen. Sicher ist ferner, daß Coste **ersetzt** wird durch den schon oft erwähnten **Ingenieur Franzen**, der auch schon an Stelle Costes an den gestrigen Besprechungen teilgenommen hat. Ob und wann **General Weygand**, der frühere Generalstabschef von Foch, den **General Degoutte ersetzen** wird, ist noch nicht bestimmt.

Im einzelnen ist weiter folgendes zu sagen: Man hat sich von der Unmöglichkeit überzeugt, Kohlenvorräte aus dem Ruhrrevier abzutransportieren. Also will man nunmehr jetzt dazu übergehen, einzelne Zechen lediglich für Reparationskonto arbeiten zu lassen. Es soll so möglichst ein Keil zwischen die deutschen Zechenbesitzer getrieben werden. Nicht geklärt ist noch die Frage der Eisenbahnverwaltung, d. h., ob Frankreich und Belgien gleichberechtigt den Eisenbahnverkehr regeln sollen, ob zwei getrennte Zonen zu schaffen sind usw. Man spricht von neuen Strafmaßnahmen und von der weiteren Ausdehnung der Besetzung. Jedenfalls wird, wie wir bereits vor einigen Tagen berichteten, die Besetzung von Frankfurt am Main stark erwogen. Die völlige Besetzung von Darmstadt steht unzweifelhaft ganz nahe bevor.

Auch dem Protest der Neutralen kann man sich nicht länger entziehen; namentlich Holland, Dänemark und die Schweiz waren sehr energisch vorstellig geworden, weil durch die Ruhrbesetzung ihnen die Kohlenzufuhr abgeschnitten wurde. Man will ihnen die Kohlen zukommen lassen, aber gleichzeitig die 40prozentige Kohlensteuer ersetzen durch die 26prozentige Ausfuhrabgabe und durch einen besonderen 10prozentigen Ausfuhrzoll.

Die Besprechung der Frage der Räumung der Ruhr dürfte zweifellos auf die Initiative Belgiens zurückzuführen sein. Belgien scheint auch gestern seinen Standpunkt der etappenweisen Räumung je nach den deutschen Zahlungen stark hervorgekehrt zu haben. Aber der springende Punkt bleibt immer der, daß genaue Vorschläge zur Räumung nicht gemacht worden sind. Man kann also vor der Welt sich leicht mit einem Schein der Moral umgeben, aber durch die Aufstellung unerfüllbarer Forderungen und phantastischer Reparationssummen tatsächlich die Räumung des Ruhrgebietes illusorisch machen.

Mit einem Wort gesagt: Von der Undurchführbarkeit des Ruhrabenteuers, der Unmöglichkeit seiner Ausnutzung, der wirklichen Erzielung greifbarer Gewinne für Reparationszahlungen sind sich sowohl die französischen Politiker wie maßgebende wirtschaftliche Kreise längst klar, aber sie bringen nicht den Mut auf, dies offen zu gestehen. Das ist letzten Endes der Sinn der Brüsseler Konferenz.

gleich der gegenwärtigen Lage mit der Zeit des Angriffs auf Verdun ist sehr wertvoll, denn er beweist, wie schwer bereits die französischen Nerven bei seinem für Europa so gefährlichen Spiel engagiert sind. Damals, 1916, haben die Nerven ausgehalten in der begründeten Hoffnung auf die Hilfe des großen amerikanischen Beschützers. Heute handelt es sich vor allem um die wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mariannens. Sowohl in diesen, wie auch in ihren politischen Verwicklungen wird eine solche Hilfe aber diesmal ganz sicher ausbleiben und es wird schon viel sein, wenn nicht einer oder mehrere der früheren Verbündeten mit einem Interventionsverlangen an Frankreich herantreten, was Paris schon von vornherein als einen unfreundlichen Akt erklärte, aber schließlich doch als letzte Rettung wird annehmen müssen.

Nie wieder wird eine ähnliche Konstellation eintreten, in der Frankreich **Rußland, Italien, England** und **Amerika** an seiner Seite sehen wird. Frankreich ist gegenwärtig fieberhaft bemüht, die günstigen Nachwirkungen dieser glänzenden Konstellation auszunutzen, um die Vorherrschaft auf dem europäischen Festland sich zu sichern. Aber das wird ihm nicht gelingen. Deutschland wird fest bleiben. Die Zeit arbeitet nicht für Frankreich. Seine Isolierung ist vollkommen.

*

Lloyd Georges publizistische Tätigkeit.

Die Tatsache, daß Lloyd George in einer deutschen Zeitung politische Aufsätze veröffentlicht, veranlaßt den „Kurjer Poznański" zu folgenden Bemerkungen in seiner Nr. 60 (Ueberschrift: „Lloyd George.... ein deutscher Journalist"):

„Im Stinnesorgan, das zugleich das Organ der deutschen Großindustriellen ist, die den Widerstand im Ruhrgebiet organisieren, in der „Dtsch. Allg. Ztg.", erschien eine Notiz, die politische Aufsätze Lloyd Georges ankündigte. Diese Aufsätze sollen in dem Hauptblatt jedes Landes erscheinen, und zwar in Deutschland in der „Dtsch. Allg. Ztg.". Es sollen in den Aufsätzen folgende Fragen berührt werden: Die Entschädigungsfrage, die Beziehungen zwischen Frankreich und England, die Dardanellenfrage, die Frage der Schulden der Alliierten in Amerika, die Bedürfnisse und Aufgaben des Außenhandels. — Soweit die Ankündigung des deutschen Blattes, dessen Mitarbeiter Lloyd George geworden ist. Diese Mitarbeiterschaft beweist zweifellos, daß der ehemalige englische Ministerpräsident in dem Organ der Alldeutschen (?) keine Fragen berühren wird, die in Deutschland Unzufriedenheit erregen würden. In England hat die neue Beschäftigung Lloyd Georges verstimmt, und der „Daily Telegraph hat erklärt, daß er von dem Publizisten, der für deutsche Zeitungen schreibt, keine Beiträge mehr aufnehmen wird."

Selbstverständlich wäre es dem „Kurjer Poznański" lieber, wenn der ehemalige englische Ministerpräsident sein Mitarbeiter wäre. Es erhebt sich die reizvolle Frage: welche anderen Zeitungen würden dann noch Beiträge von Lloyd George aufnehmen?

Republik Polen.

Um die Zuständigkeit des polnischen Generalstabes.

Amtlich werden die Nachrichten der Rechtspresse über die Demission des Generalstabschefs Piłsudski dementiert. Es läßt sich jedoch so viel feststellen, daß von Piłsudski und dem Kriegsminister Sosnkowski die Ansicht vertreten worden war, es sei notwendig, die Zuständigkeit des Generalstabschefs zu erweitern und ihn direkt vor dem Staatspräsidenten, nicht aber vor dem Kabinett verantwortlich zu machen. Dieser Auffassung widersetzte sich besonders der Ministerpräsident Sikorski. Daraufhin stellte Piłsudski seine Demission in Aussicht, er hielt aber schließlich an diesen Gedanken doch nicht fest. Politische Gründe darf man hinter dieser Sachlage nicht vermuten. Diese erklärt sich aus der Persönlichkeit Piłsudskis, die eine beschränkte Machtstellung schwer verträgt.

Die Vorbereitung der Verwaltungsreform.

Am Mittwoch mittag begann unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und unter Teilnahme Dr. Bobrzyński und des Senators Kocznica die letzte Phase der Vorbereitungsarbeiten zur Verwaltungsreform.

Die Verteilung des deutschen Versicherungsfonds.

Im Arbeitsministerium fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Justizrates Wierzchalski eine Vorkonferenz statt über die Verteilung des von Deutschland erhaltenen Versicherungsfonds.

Die Behandlung der dem Senat zugehenden Petitionen.

Am Mittwoch vormittag fand in Warschau eine Sitzung der Vorsitzenden der Senatsausschüsse statt. In dieser Sitzung wurde die Petitionsfrage besprochen. Nach Aussprache wurde der Antrag Łubiński angenommen. Der Antrag sieht folgende Punkte vor: 1. Der Marschall überweist etwaige Petitionen je nach dem Gegenstand den einzelnen Ausschüssen. 2. Die Senatoren erhalten jedes Vierteljahr ein Verzeichnis der vom Ausschuß erledigten Petitionen mit kurzer Erläuterung. 3. Der Marschall setzt die Ausschußanträge auf die Tagesordnung der Vollsitzungen. 4. Der Antrag des Ausschusses kann dahin lauten, daß die Petition a) als nicht der Begutachtung durch den Senat entsprechend erkannt wird, b) abgelehnt wird, c) durch einen anderen Beschluß erledigt werden soll, d) der Regierung zur Einsichtnahme überwiesen wird.

Aus den Sejmausschüssen.

In der Mittwochsitzung des Verwaltungsausschusses, die unter Vorsitz des Abg. Thugutt stattfand, wurde der Antrag über die Vorgänge am 11. Dezember vorigen Jahres und die Verherrlichung des Präsidentenmordes besprochen. In der Sitzung war Justizminister Makowski zugegen. Abg. Thugutt begründete in objektiver Weise den eingebrachten Antrag und betonte, daß bei der Aussprache keine Parteimomente berührt werden dürften. Justizminister Makowski teilte mehrere Einzelheiten aus der Untersuchung mit. Es sprachen dann Abg. Stroński und Abg. Jaworowski. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet heute, am Donnerstag, statt.

Der Wohlfahrtsausschuß des Sejm beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung mit der Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenenwitwen und -waisen. Die Auszahlung der Invalidenrenten wurde so bestimmt, daß ein lediger Vollinvalide 250 000 M. monatlich, ein solcher mit Familie 400 000 M. erhalten soll. Der Vertreter des Invalidenverbandes, Pikiewicz, schilderte die gegenwärtige Lage der Invaliden. Abg. Bigoński brachte eine Resolution ein, die einmütig angenommen wurde. Die Entschließung lautet: Der Ausschuß gibt sein Gutachten dahin ab, daß 1. die Auszahlung der vom Ministerrat bewilligten höheren Renten sofort erfolgen müsse, 2. daß vom 1. April ab die Renten in bestimmter Höhe ausgezahlt werden, 3. daß alle Rückstände bis zum 1. Mai beglichen werden müssen.

Zeitweiliges Zölibat für Polizeibeamte.

Der „Dziennik Pozn." meldet: Der Kommandant der Warschauer Staatspolizei hat in einem Tagesbefehl angeordnet, daß vorläufig bis auf Widerruf Unterbeamten der Staatspolizei kein Ehekonsens gegeben werden darf, da sich unter ihnen schon eine erhebliche Anzahl Verheirateter befindet.

Aufdeckung von Unredlichkeiten in einer Munitionsfabrik.

Nach einer Warschauer Sondermeldung des „Dziennik Pozn." wurden in der staatlich subventionierten Munitionsfabrik „Pocisk" bedenkliche Mißstände festgestellt. Angeblich sollen 30 bis 40 v. H. der dort hergestellten Patronen unbrauchbar sein. Vier Personen wurden verhaftet. Andere Verhaftungen sollen in Aussicht stehen.

Filmzensur.

Wie der „Przegląd Wieczorny" meldet, finden gegenwärtig im Kultusministerium Beratungen statt über die Bildung eines Ministerialausschusses für die Zensierung von Filmen im Sinne vielfach geäußerterter Wünsche aus Eltern- und Erzieherkreisen.

Das Urteil im Lemberger Sensationsprozeß

ist am Mittwoch um 1½ Uhr nachmittags verkündet worden. Die Angeklagte Fanny Dittner ist wegen Beunruhigung der öffentlichen Meinung, wegen Staatsverrats, Verleumdung und Betrug zu drei Jahren Zuchthaus und Ausweisung aus Polen nach verbüßter Strafe verurteilt worden. Da die 10 Monate Untersuchungshaft angerechnet worden sind, und die Amnestie auf die Angeklagte in Anwendung gebracht wurde, hat sie noch 14 Monate abzusitzen.

Keine Erhöhung des Personentarifs.

Der „Przegląd Wieczorny" erfährt aus maßgebender Quelle, daß der Personentarif auf den Staatseisenbahnen weder im Laufe des März noch im kommenden Monat erhöht werden wird. Es ist nur die Erhöhung des Gütertarifs vom 1. April ab vorgesehen. Diese Erhöhung ist noch nicht endgültig festgelegt worden, wird aber nicht weniger als 50% betragen.

Das neue Oberhaupt der orthodoxen Kirche in Polen

Der Patriarch Meletios IV. in Konstantinopel hat an den Metropoliten Dionysius, das neugewählte Oberhaupt der orthodoxen Kirche in Polen, eine Depesche gesandt, in der er u. a. sagt: Aufs tiefste von der Nachricht von dem tragischen Tod des Metropoliten Georg betroffen, erfahre ich jetzt auf amtlichem Wege zu meiner größten Freude, daß Ihre Eminenz an seine Stelle gewählt worden sind. Ich verleihe Eurer Eminenz alle Auszeichnungen, die unser Geistesbruder, der Patriarch Tychon, seinerzeit dem Metropoliten Georg verliehen hat."

Aus der polnischen Presse.

Die Danziger Frage — eine der wichtigsten für Polen —,

so betitelt sich eine Warschauer A. W.-Meldung des „Dziennik Gdański" (Nr. 50 vom 2. März). Sie lautet:

„Im Zusammenhange mit der übertragung der weiteren Verwaltung des Amts des Generalkommissars der polnischen Republik in Danzig an den Minister Pluciński bemerkt der Warschauer „Kurjer Poranny", daß kein Grund zu einer Änderung der Politik Polens gegenüber Danzig vorliege. Polen müsse dem Wesen der Sache nach energisch vorgehen, denn es verteidige in Danzig seine wichtigsten Interessen. Gleichzeitig müsse es unnötige Reizungen vermeiden. Die Danziger Frage sei eine der wichtigsten Fragen Polens. Sie stehe mit der Gesamtgestalt aller äußeren Gefahren, von denen Polen umgeben sei, in Verbindung und müsse mit besonderer Vorsicht, mit überlegung und mit Takt behandelt werden."

Ueber eine Monarchistenzentrale in Danzig

weiß der „Dziennik Gdański" (Nr. 50 vom 2. März) folgendes zu berichten:

„Hinsichtlich der antipolnischen monarchistischen Propaganda und des Sichansammelns der Republik unfreundlich gesinnter Elemente ist Danzig an die Spitze getreten. Eine dieser monarchistischen Zentralen ist die Vereinigung russischer Monarchisten mit dem Hauptsitz in dem einstigen zaristischen Konsulat in Danzig-Langgarten. Eine Gruppe von der polnischen Regierung wegen staatsfeindlicher Aktion ausgewiesener Monarchisten betreibt, ohne irgendwelche Behinderung, ihre Arbeit weiter unter der Firma einer wohltätigen Vereinigung, die über große Mittel geheimer Herkunft verfügt. Leider steht Danzig unwillkürlich den russischen Monarchisten auf die Weise bei, daß es jeden russischen Emigranten, der einen Personalausweis verlangt, an das erwähnte Komitee verweist zwecks Ausstellens eines Zeugnisses dahin, daß der Bittsteller russischen Herkunft sei. Auf diese Weise nimmt das Komitee unmittelbar Fühlung mit dem Emigranten unter gleichzeitigem Registrieren desselben. Viele Flüchtlinge erhalten außer dem monarchistischen Futter zugleich materielle Unterstützungen in Gestalt von Geld und Essen. Im allgemeinen macht die russische Zentrale den Eindruck einer Vertretung eines „souveränen" Staats mit allen Zugaben, fast eines Staats im Staate.

An der Spitze dieser Organisation steht eine bekannte Monarchistin in Danzig, die angebliche Vorsitzende des russischen „Roten Kreuzes", Frau Lubimow. Dem Stabe gehören fanatische Monarchisten an, wie Oberst Herszelmann, General Nowikow, Elizarow, General Makarow und eine ganze Reihe einstiger Militärs.

Elizarow ist der Generalsekretär dieses eigenartigen Instituts. Das russische Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat Schritte unternommen zwecks Erlangung des Besitzrechts auf das einstige russische Generalkonsulat auf dem Langgarten."

Die Lächerlichkeit der Beseitigung historisch gewordener Aufschriften.

(„Kurjer Poznański", Nr. 58.)

„In der Friedrichstraße in Berlin gibt es eine im Jahre 1682 gegründete Apotheke, die seit ihrer Gründung bis in die neueste Zeit hinein „Polnische Apotheke" hieß. Warum sie diese Bezeichnung erhielt, wissen wir nicht, jedenfalls aber geschah dieses während der Herrschaft Jan Sobieskis in Polen, der die Deutschen von den Türken befreite, zu der Zeit, als das Polen vor der Teilung ein großes Reich, Berlin aber die Hauptstadt des kleinen Staates Brandenburg war. Unsere Landsleute, die ständig in Berlin wohnten oder vorübergehend nach Berlin kamen, deckten ihren Bedarf am liebsten in dieser Apotheke wegen ihres Namens. Eines Tages, es werden einige Wochen her sein, wurde, wie man uns aus Berlin meldet, vor der Apotheke ein Gerüst aufgestellt. Anfangs glaubte man, daß es sich um eine Renovierung des Hauses handele. Nach einiger Zeit aber bemerkte man mit Verwunderung, daß die Aufstellung des Gerüstes nur die Beseitigung des Wortes „Polnische" zum Zweck gehabt hatte. Von nun an hat also die Bezeichnung „Polnische Apotheke" aufgehört, und die Apotheke trägt die Aufschrift „Apotheke". Eine geringfügige Angelegenheit, aber wie charakteristisch für den Haß der Deutschen gegenüber allem, was polnisch ist, der zu solchen Lächerlichkeiten gelangt, daß man sogar Aufschriften beseitigt, die durch die überdauerung von zwei Jahrhunderten historisch geworden sind. Die erwähnte Tatsache läßt die Frage aufkommen, ob nicht die Deutschen überall so verfahren. In Glogau z. B. bestand seit undenklichen Jahren eine Straße unter dem Namen „Polnische Straße". Es wäre interessant zu erfahren, ob den Namen dieser Straße dasselbe Schicksal getroffen hat, wie den Namen der Apotheke in der Friedrichstraße in Berlin."

(Also: Der „Kurjer Pozn." hält die Beseitigung historisch gewordener Aufschriften für lächerlich. Das wird man sich merken müssen. Oder ist so etwas nur lächerlich, wenn es sich um Beseitigung des Wortes „polnisch" handelt? — Die „Polnische Straße" in Glogau heißt sicher heute noch „Polnische Straße", wie sie „seit undenklichen Jahren" hieß. Wo aber kommt in Posen noch in irgend einer öffentlichen Aufschrift das Wort „deutsch" vor? Anm. d. Schriftltg. d. „Pos. Tagebl.".)

Die Lage im Besetzungsgebiet.

Wieder Ruhe in Buer.

Die Nacht zum Mittwoch ist in Buer ruhig verlaufen. Wie in der vorvergangenen Nacht wurde eine außerordentlich scharfe Verkehrssperre geübt. Die Stadtverordnetensitzung muß ausfallen, da im Rathaus die Leichen der beiden erschossenen Franzosen aufgebahrt sind. Die ursprünglich beispiellos scharfen Verordnungen des kommandierenden Generals sind durch gemilderte überklebt worden. Vor dem Rathause haben die Franzosen sechs Tanks aufgefahren. Die Besatzung der Stadt scheint erheblich verstärkt zu sein. Die starke Nervosität der Besatzung nach der Bluttat scheint etwas nachgelassen zu haben. Die Einwohner von Buer beginnen wieder aufzuatmen.

Donnerstag vormittag fand die französische Trauerfeier für die erschossenen Offiziere statt. Es waren dafür besonders große Vorbereitungen getroffen worden. Auch die drei von den Franzosen erschossenen Deutschen wurden am Donnerstag bestattet. Nur den nächsten Angehörigen ist jedoch die Teilnahme an der Bestattung erlaubt worden. Der aus Gelsenkirchen stammende, am Sonntag erschossene Krankenträger Fabeck darf nicht in seine Heimat überführt werden, sondern muß ebenfalls in Buer beerdigt werden.

Der Reichspräsident Ebert hat an den Magistrat der Stadt Buer heute folgendes Telegramm gerichtet: „Magistrat Buer, Westfalen. In tiefer Empörung über die unerhörten und unmenschlichen Bluttaten des französischen Militärterrors gegenüber friedlichen und schuldlosen Bürgern Ihrer Stadt, bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der so grausam Ermordeten meine herzliche Teilnahme zu übermitteln. Es wird alles geschehen, um von den betroffenen Familien materielle Not fernzuhalten. Reichspräsident Ebert."

Kein Deutscher an dem Mord in Buer beteiligt.

W. T. B. meldet: Der französische Ministerpräsident und mit ihm die französische Presse benutzen den Vorfall in Buer zu einer ungeheuerlichen Hetze gegen Deutschland und die deutsche Regierung. Poincaré hat bereits Rache für die Opfer und Strafmaßnahmen angekündigt, die zum Teil bereits durchgeführt worden sind. Das alles ist zu einem Zeitpunkt geschehen, in dem von französischer und von deutscher Seite ein Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung noch nicht vorgelegen hatte.

Nach den bisherigen Meldungen aus Buer bestehen keine Anzeichen dafür, daß Deutsche an der Tat beteiligt gewesen sind, wohl aber deuten Umstände darauf hin, daß zwei Soldaten der Besatzungsarmee, die entflohen sind, als Täter in Frage kommen können.

Eine deutsche Protestnote gegen die französischen Brutalitäten von Buer.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: Der Kommandant des 32. französischen Armeekorps hat wegen der Tötung von zwei französischen Militärpersonen in Buer den Oberbürgermeister als Geisel festnehmen lassen und dem Magistrat amtlich bekannt gegeben, daß der Bürgermeister ohne Urteil erschossen werden würde, falls weiter Gewalttaten gegen Franzosen vorkommen. Er hat fernerhin gegen die Stadtbevölkerung selbst die schärfsten Repressalien angedroht, denen bereits eine Reihe von Personen zum Opfer fiel. Obwohl im Augenblick die amtlichen Berichte über die Einzelheiten noch ausstehen, kann schon jetzt festgestellt werden, daß mehrere Personen erschossen oder verwundet worden sind, und zwar auch solche, die von auswärts kamen und die Verordnung des Generals nicht kannten. Nach den Meldungen der örtlichen deutschen Behörde ist trotz ihrer Bemühungen die Tötung der beiden französischen Militärpersonen zur Stunde noch nicht aufgeklärt. Es steht keineswegs fest, daß Deutsche an der Tat überhaupt beteiligt sind, ebensowenig liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß den staatlichen oder städtischen Organen ein Verschulden zur Last fällt. Muß hiernach die Anordnung von Repressalien gegen die Bevölkerung als ein Akt grober Willkür angesehen werden, so stellt sich der französische General durch die Art, wie er diese Repressalien ohne Rücksicht auf das Leben schuldloser Einwohner durchführen läßt, außerhalb aller Schranken von Recht und Gesetz. Die Bevölkerung hat gegenüber der Besatzungsarmee bisher eine beispiellose Selbstbeherrschung bewiesen, sie hat trotz wachsender Erbitterung über die zahlreichen Brutalitäten französischer Soldaten, über die fortgesetzten Mißhandlungen auf der Straße und über die Vergewaltigungen ganzer Städte die Ruhe bewahrt und ihrerseits alles getan, um ernste Zusammenstöße zu vermeiden. Das ist um so bewundernswerter, als die Verwaltung ihres Gebietes durch die Abschnürung vom übrigen Deutschland, sowie auch durch die Entfernung der meisten leitenden Beamten führerlos gemacht und der Sicherheitsdienst durch die Beseitigung der Schutzpolizei zerstört worden ist. Maßnahmen, wie sie jetzt von dem französischen General durchgeführt oder angedroht werden, sind jedoch dazu angetan, die Bevölkerung zur Verzweiflung zu treiben und unabsehbares Unglück heraufzubeschwören. Wenn der französischen Regierung noch daran liegt, dies zu verhüten, so ist es ihre Pflicht, diesem Vorgehen des Militärbefehlshabers Einhalt zu gebieten. Die Verantwortung für die Folgen fällt sonst allein auf sie, nicht auf die deutsche Regierung, noch auf die deutschen Behörden, noch auf die deutsche Bevölkerung.

Schuß auf einen Posten.

In Lünen, im Stadtteil Lippe, wurde von unbekannter Hand auf einen französischen Posten ein Schuß abgegeben. Der Schuß ging fehl. Die Besatzungsbehörde verhängte über diesen Stadtteil sofort den Belagerungszustand.

Bombenattentat auf eine Eisenbahnbrücke.

Wie aus Verviers gemeldet wird, ist kürzlich nachts ein Anschlag gegen die Eisenbahnbrücke zwischen Montzen und der Bahnstation Aachen-West verübt worden. Eine Bombe, die auf der Brücke gefunden wurde, platzte gegen 3 Uhr morgens mit dem Effekt, daß die Schienen aufgerissen und mehrere in der Nähe des Bahndammes liegenden Häuser zerstört wurden. Ein weiteres Unglück wurde durch die rechtzeitige Sperrung der Brücke verhütet. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. — Die Franzosen werden natürlich wieder sofort behaupten, daß die Deutschen das Attentat ausgeführt haben. Dabei ist es aber ebensogut möglich, daß ein radikal oder kommunistisch gesinnter Franzose es verübt hat. D. Red.

Festnahme einer Reichstagsabgeordneten.

Sonntag abend gegen 6 Uhr wurde die demokratische Reichstagsabgeordnete Fräulein Dr. Lüders in Herdecke von Franzosen in ein Wachlokal gebracht und dort durch nicht wiederzugebende Aeußerungen belästigt. Auch als Fräulein Lüders sich die groben Belästigungen und die Durchsuchung ihres Reisegepäcks verbat, schritt der französische Vorgesetzte nicht ein, ließ vielmehr seine

Untergebenen ruhig gewähren. Zur Beurteilung des Zwischenfalls sei mitgeteilt, daß der Paß ausdrücklich die Zugehörigkeit des Fräulein Lüders zum Reichstag feststellt.

Kein Schutzpolizist mehr im Ruhrgebiet.

Aus Essen wird aus französischer Quelle gemeldet, daß am Dienstag die der deutschen Polizei gesetzte Frist für das Verlassen des besetzten Gebietes abgelaufen ist. Seit Dienstag gibt es im ganzen Ruhrbecken bis an den Rhein keinen einzigen deutschen Polizisten mehr. Nur in einigen Städten sind kommunale Stadtpolizisten geblieben. — Infolge des Verschwindens der Polizei triumphiert natürlich das Verbrechertum. Schon rotten sich nach den „Danz. Neuest. Nachr." in Essen Banden zusammen, die Raubzüge ausführen und die Läden in ganzen Straßenreihen ausplündern. Die Red.

Die Ausführungen der Brüsseler Maßnahmen.

Die französische wie die belgische Presse ist voll von Betrachtungen über die Brüsseler Beschlüsse. Havas meldet, daß die Maßnahmen zur Förderung der Kohlen- und Kokstransporte aus dem Ruhrgebiet sofort in Angriff genommen werden sollen. Man wird die auf den Grubenplätzen lagernden Vorräte erfassen und teilweise auf dem Wasser-, teilweise auf dem Landwege abtransportieren. Polnische und italienische Arbeiter sollen dafür zur Verfügung stehen. Außerdem heißt es, daß man in bestimmten Gruben die Produktion durch besondere Maßnahmen günstiger gestalten werde. Für diese Frage soll seit längerer Zeit ein Plan des Marschalls Foch vorliegen. (Was versteht der Marschall wohl vom Bergwerksbetrieb. Die Maßnahmen werden nichts ergeben. D. Red.) Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß bereits am Dienstag 850 Tonnen Koks auf der fiskalischen Grube „Westerpoth" beschlagnahmt und verladen worden sind. Am Mittwoch sollte ein Zug mit 40 Waggons Koks nach Frankreich abgehen.

Belgisch-französische Verstimmungen.

Der Londoner Korrespondent der „Danz. N. N." meldet seinem Blatte: Nach Meldungen, die hier aus Brüssel vorliegen, hat man in Londoner Kreisen den Eindruck gewonnen, daß es mit der französisch-belgischen Allianz nicht mehr allzu gut steht. Es heißt, daß Belgien gegen die französischen Übergriffe im Ruhrgebiet protestiert habe, durch die der belgische Handel geschädigt werde und durch die weder Frankreich noch irgend sonst jemand Vorteile erziele. Die Belgier, die Realisten sind, verlangen nach Reparationen, aber nicht nach Rache. Sie sind nicht bereit, wirkliche Zahlungen zu opfern, um den Haß Frankreichs gegen seinen traditionellen Feind zu befestigen.

Nach der französischen Presse gibt es zwei Möglichkeiten: erstens die Möglichkeit, die Besetzung als ein Pressionsmittel zu benutzen und notwendigenfalls auszudehnen, sowie ihr ein positives Programm zugrunde zu legen; zweitens die Möglichkeit, die Besetzung als Grundlage produktiver Ergebnisse im Ruhrgebiet zu benutzen. Man habe sich in Brüssel für die zweite Möglichkeit entschieden.

Unzufriedenheit mit Tirard.

„Journee Industrielle" schreibt, dem französischen Oberkommissar Tirard werde der lebhafte Wunsch zugeschrieben, seine Vollmachten auf die besetzten Gebiete des rechten Rheinufers ausgedehnt zu wissen. Es verlaute jedoch auch, daß die Ansprüche Tirards in gewissen Kreisen auf entschlossenen Widerstand stoßen. Namentlich werde eingewandt, daß Tirard bei verschiedenen Gelegenheiten ungenügende Festigkeit und bedauerliche Unkenntnis der wirklichen Strömungen innerhalb der rheinischen Bevölkerung bewies. Zahlreiche Persönlichkeiten, die mit dem Oberkommissar, vor allem in Wirtschaftsfragen zu tun hatten, seien auch der Ansicht, daß die Umgebung Tirards nicht auf der Höhe der Situation stand.

Vermittlungsgerüchte.

Trotz des gestern veröffentlichten offiziösen deutschen Dementis, wonach keine Verhandlungen irgend welcher Art stattfinden, tauchen auch jetzt wieder solche Gerüchte auf. So behauptet der Berliner Korrespondent des „Daily Expreß", daß die Deutschen insgeheim mit Frankreich in Kontakt zu kommen suchen. Angeblich soll die Reichsregierung Beauftragte nach der Schweiz geschickt haben, um dort mit französischen Vertretern Verhandlungen anzuknüpfen. Die Deutschen wollen 50 Milliarden Goldmark zahlen, wovon die Hälfte an Frankreich fallen würde. Zugleich wollen sich beide Staaten gegen wechselseitige Angriffe durch einen Garantievertrag sichern, Frankreich solle auch für Polen Garantie bieten, daß es Deutschland nicht angreift, und das Ruhrgebiet räumen.

Ein anderes Vermittlungsgerücht geht von Wien aus. Das „Neue Wiener Journal" veröffentlicht eine Erklärung des tschechischen Außenministers Dr. Benesch, in der dieser feststellt, man sei tatsächlich an ihn herangetreten hinsichtlich einer Vermittelung in der Ruhrfrage. Er könne aber dieser Anregung keine Folge geben, weil Frankreich erst vor kurzer Zeit seinen Verbündeten bekannt gab, daß es jeden Versuch zu einer Vermittlung als einen feindseligen Akt gegen sich betrachte.

Es scheint, daß Benesch nach Paris eine Note gerichtet hat, in der er darauf aufmerksam macht, daß die Anregung zu einer Vermittlung an ihn herangetreten sei, und gleichzeitig feststellt, daß er angesichts der seinerzeitigen Erklärung Frankreichs eine solche nicht durchführen könne. In politischen Kreisen glaubt man, daß diese Kundgebung geradezu den Zweck habe, in Paris anzufragen, ob die damalige Meinung Frankreichs über eine Vermittelung auch jetzt noch gelte. Man glaubt nach dem Wiener Blatt nicht, daß Dr. Benesch sie damit schon als solche zurückgewiesen habe.

Noch keine Ratifizierung des englisch-französischen Bahnabkommens.

Reuter veröffentlicht folgende Note: Es ist unrichtig, daß der bei den Verhandlungen zwischen den Generalen Godlay und Dayot vereinbarte Vertrag von der englischen Regierung ratifiziert worden ist. Er ist nicht ratifiziert worden und wird auch wahrscheinlich nicht ratifiziert werden, weil es sich nur um einzelne praktische Maßnahmen handelte, die verwirklicht werden sollen, sobald alle Einzelheiten geregelt sind. Die Frage wird weiterhin von den französischen Behörden erörtert. — Wie man sieht, leistet auch England passiven Widerstand gegen das Vorgehen Frankreichs, indem es mit der Freigabe seiner Bahnen für Militärtransporte zögert und Frankreich dadurch finanzielle Kosten verursacht. Vor allem will es günstige Bedingungen für seinen Handel mit dem besetzten und unbesetzten Deutschland herausschlagen. Jede Einschränkung des Handels im Interesse der französischen Aktion wird von den englischen Geschäftskreisen bekämpft. D. Schriftl.

Der Inhalt der geplanten Eisenbahnkonvention.

Nach dem Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris" sollen die französisch-englischen Vereinbarungen über den Durchgangsverkehr durch die englische Besatzungszone, soviel in gewissen politischen Kreisen bekannt sei, in großen Zügen folgendes enthalten:

1. Die französischen Behörden könnten höchstens zehn Züge täglich durch den Abschnitt Köln leiten.

2. Die Züge dürfen nicht zur Verstärkung der französischen Truppen, sondern ausschließlich zu ihrer Versorgung und Ablösung dienen.

3. Sie können keine Verwendung für die Beförderung nach Frankreich finden. —

Englands Gegenforderungen.

Eine Havas-Meldung aus London über die französisch-englischen Eisenbahnverhandlungen besagt, Lord Killmarnock, der Vertreter Englands in der interalliierten Rheinlandkommission, habe gegenüber dem Zugeständnis der Durchlassung von täglich zehn Militärzügen durch die englische Zone in einem nach London gesandten Bericht vor allem kommerzielle Erleichterungen in folgenden drei Punkten verlangt:

1. Durchgangsverkehr von Waren zwischen England und dem nichtbesetzten Deutschland durch das besetzte Deutschland. Es scheint, so fügt der „Havas-Bericht hinzu, daß die Frage annähernd bereits geregelt sei.

2. Durchgangsverkehr von Waren zwischen der englischen Besatzungszone und dem nicht besetzten Deutschland.

3. Änderung der Vorschriften über den internationalen Verkehr auf dem Rhein.

Italien und das deutsche Privateigentum.

Wie die Agenzia Stefani meldet, hat der italienische Ministerrat den Entwurf eines Dekrets angenommen, durch das der Regierungskommissar für feindliches Eigentum ermächtigt wird, selbst unter Aufhebung der bestehenden Vorschriften, Untertanen ehemals feindlicher Staaten gehöriges Eigentum, das dem Staat anheimgefallen ist, zu veräußern bzw. zu übertragen. — Die italienische Regierung gedenkt also dem von Amerika gegebenen Beispiel der Rückkehr zu dem völkerrechtlichen Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Kriege nicht zu folgen. D. Red.

Amerika verlangt seine Besatzungskosten.

Der „New York Herald" veröffentlicht aus Washington folgende Meldung: In einigen Tagen wird die amerikanische Regierung ihren Unterhändlern bei den gegenwärtigen Pariser Verhandlungen über die Besatzungskosten neue Instruktionen erteilen um die Zahlung der Besatzungskosten für die amerikanischen Streitkräfte von den deutscherseits schon geleisteten Bar- und Naturalzahlungen mit allem Nachdruck zu verlangen. Diese Instruktionen werden ferner auf den Vorschlag der Alliierten, diese Zahlung von künftigen deutschen Zahlungen abhängig zu machen mit keinem Wort eingehen. Unter diesen Umständen nimmt man also an, daß die Pariser Verhandlungen resultatlos verlaufen müssen.

Eine neue Orientkonferenz in Konstantinopel.

Wie der „Petit Parisien" aus Konstantinopel meldet, hat in Angora eine wichtige außerordentliche Sitzung der Kommissare stattgefunden unter dem Vorsitz von Rauf Bei, um die gegenwärtige Lage zu diskutieren. Kemal Pascha wird eine dringende Inspektionsreise nach Adana antreten. Ismet Pascha begibt sich mit mehreren anderen Regierungsmitgliedern nach Smyrna. Die Angoraregierung will zwei Hauptstädte schaffen: eine politische in Anatolien, d. h. entweder Angora oder Konia und will Konstantinopel den Titel einer wirtschaftlichen und geistigen Hauptstadt der neuen Türkei lassen. Die Nachrichten aus Paris und London deuten darauf hin, daß die neue Konferenz, die nach Konstantinopel einberufen wird, den türkischen Vorschlägen günstig sei.

Poincaré will eine Konferenz in Paris.

Der „Petit Parisien" meldet, daß die neue Orientkonferenz unter dem Vorsitz Poincarés in Paris stattfinden soll. — Der krankhafte Ehrgeiz der Franzosen will mehr und mehr alle politischen Beratungen in Paris konzentrieren. Allgemeines Erstaunen erregte es schon, daß die letzte Tagung des Völkerbundsrates in Paris stattfand und nicht in Genf. Ein vernünftiger Grund lag hierfür nicht vor, außer eben der französischen Eitelkeit, die sich geschmeichelt fühlt, wenn die Abgesandten der Völker wieder einmal nach Paris zusammenströmen. So sollen auch jetzt wieder die verarmten Türken und die Balkanvölker die weite und kostspielige Reise nach Paris machen, um dort mit Herr Poincaré zu beraten. Sie werden wohl kaum darauf eingehen wollen. D. Red.

Sowjetrußland.

Die Oppositionsbewegung.

Wie über Wiborg gemeldet wird, kam es in Moskau anläßlich des Verpflegungskongresses zu einer gegenkommunistischen Demonstration. Als nach einer Begrüßungsrede Brjuchanows die sogenannten kommunistischen „verantwortlichen Arbeiter" die Internationale anstimmten, verließen zahlreiche Vertreter der ländlichen Sowjets und Kooperativen ostentativ den Saal und kehrten erst zurück, als zur Wahl des Vorsitzes geschritten wurde. Als sie über ihr Verhalten befragt wurden, sagten sie Sowjetbeamten: „Es erscheint uns nicht nur sonderbar, sondern direkt wild, die Mitglieder einer Regierung mit einem Hymnus zu begrüßen, die ein Drittel der arbeitenden Bauernschaft durch maßlose Steuern ruiniert, eine Reihe von Mißernten hervorgerufen hat und nun schon das dritte Jahr den Hunger in der Republik verschuldet." Der zum Vorsitzenden gewählte Brjuchanow forderte hierauf die Anwesenden auf, das Andenken der 32 Männer zu ehren, die im Dienste der Sowjets von den Bauern erschlagen wurden. Der Vorschlag rief Debatten hervor. Es wurde gerufen: „Sie wurden als Räuber und Erpresser der wehrlosen Bevölkerung erschlagen, der sie das letzte Stückchen Brot raubten!" Diese oppositionelle Stimmung ließ erst nach, als der Vertreter des Zentral-Föderativ-Verpflegungskommissariats in einer Rede darauf hinwies, daß jetzt nicht die Zeit dazu sei, die begangenen alten Fehler breitzutreten, die niedere Sowjetangestellte machten, die durch strenge Vorschriften dazu gezwungen waren. Jetzt müsse man darüber beraten, wie die Sache besser zu machen sei und von den Abgaben in Natura zu Geldsteuern übergegangen werden könne.

Kriegsvorbereitungen.

Nach aus Bukarest eingetroffenen Meldungen wies Trotzki in einem Befehl die an der rumänischen Grenze postierten Sowjettruppen an, sich auf den bald bevorstehenden Angriff auf Beßarabien vorzubereiten.

Geiseln.

Der Generalprokurator der russischen Föderativen Sowjetrepublik, Krylenko, hat bekanntgemacht, daß er bereit sei, die in dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre zum Tode Verurteilten freizulassen, wenn ihre im Auslande lebenden hervorragenden Kollegen bereit sind, als Geiseln nach Rußland zu kommen und sich in den Gefängnissen internieren zu lassen. Diese eigentümliche Erklärung des „Auges des sowjetrussischen Gesetzes", hat in den Emigrantenkreisen Widerhall gefunden. Es meldeten sich Kerenski, Senfinow und die alte „Großmutter der russischen Revolution" Breschko-Breschkowskaja. Tschernow hat die Zweite Internationale ersucht, darüber zu verhandeln, unter welchen Bedingungen er als Geisel aufgenommen werden könnte. Ob aus der Sache Ernst werden wird, oder sich alles nur darauf beschränken wird, daß die russischen Zeitungen der Emigranten darüber Artikel schreiben, läßt sich vorläufig nicht sagen.

Eine neue Note Tschitscherins.

Tschitscherin hat an England, Frankreich und Italien eine Note gerichtet, in der er auf die Tatsache hinweist, daß er bis jetzt noch keine Antwort auf die Note vom 23. Februar d. Js. erhalten habe. Die Note stellt fest, daß die Regierungen der Alliierten durch ihr Schweigen zu verstehen geben, daß sie ihre bisherige feindliche Politik gegenüber den Sowjets nicht aufgegeben haben. In ihr wird ferner erklärt, daß das Fehlen Sowjetrußlands bei der Regelung der wirtschaftlichen und territorialen Fragen im Ostseegebiet internationale Verwickelungen hervorrufen könne.

Besorgniserregender Zustand Lenins.

Der Gesundheitszustand Lenins soll wieder einmal zu wünschen übrig lassen. In den letzten Tagen soll eine ernste Verschlimmerung eingetreten sein. Die rechte Hand und die Füße sollen gelähmt sein.

Lenin im Sterben?

Nach einer polnischen Meldung soll Lenins Tod unmittelbar bevorstehen. An sein Krankenlager wurden drei Berliner Ärzte berufen.

Der Prozeß gegen die katholische Geistlichkeit.

Der Prozeß gegen den Erzbischof Cieplak und fünfzehn andere katholische Geistliche, der am 14. d. Mts. beginnen sollte, ist aus unbekannten Gründen auf den 21. d. Mts. vertagt worden.

Der Hunger.

Es wird gemeldet, daß Kamenew in der Hungerkommission darauf hingewiesen habe, daß laut offiziellen Meldungen der Hunger in der Tatarenrepublik, in den Wolgagouvernements und im Ural vergrößerte Dimensionen annimmt. Die Bevölkerung nährt sich dort nur noch von den letzten Vorräten an Surrogaten. Epidemien breiten sich aus. Das Volk ißt Baumrinde und Eicheln. In den Dörfern kaufen Spekulanten das Vieh zu billigen Preisen auf. Die Kinderasyle sind überfüllt. Im Gouvernement Zaryzin hungern 60 Prozent der Bevölkerung.

Sowjetspionage in Oesterreich.

Die Wiener Polizeibehörde kam einer verzweigten bolschewistischen Spionageorganisation auf die Spur, deren Fäden auch nach Paris, London, Brüssel usw. reichten und der zu entnehmen war, daß die Sowjetregierung in den mit Frankreich befreundeten Staaten nebst den politischen und Handelsmissionen noch besondere Spionagebureaus unterhält. Entgegen der Annahme befand sich das Spionagezentrum nicht in Berlin, sondern in Wien, wo die von den Agenten einlaufenden Auslandsnachrichten gesammelt und sodann nach Moskau gesandt wurden. Hierzu wurde häufig auch der Luftweg gewählt.

Ungültigkeitserklärungen von Wucherkäufen.

Bekanntlich mußten im vorigen Jahre zur Zeit der großen Hungersnot viele deutsche Kolonisten an der Wolga und auch in Südrußland ihren Wohnsitz verlassen, um auf gut Glück irgendwo anders ein Auskommen zu suchen. Bei dieser Gelegenheit wurden für ein Stückchen Brot oft Haus, Vieh und das gesamte Inventar an Leute, die die Notlage auszunützen verstanden, verkauft. Die Sowjetregierung hat nunmehr ein Gesetz herausgegeben, wonach alle diese Wucherabmachungen für ungültig erklärt werden, so daß wieder in ihre Heimat zurückkehrende Flüchtlinge Anspruch auf ihren früheren Besitz haben. Dasselbe Gesetz hat auch in der Ukraine Gültigkeit, wo auch oft Haus, Hof und Inventar für einige Pud Mehl verschleudert wurden.

Freistaat Danzig.

Danziger Fragen vor dem Völkerbund.

Auf der April-Session des Völkerbundsrates sollen u. a. folgende Danziger Fragen besprochen werden: 1. Bodenfragen, 2. die Amtssprache des Hafenrates, 3. die Frage der Eisenbahndirektion, der Post auf dem Bahnhofe usw. An den Beratungen wird der neue Kommissar des Völkerbundes, Mac Donell, teilnehmen und sich dabei dem Völkerbundsrate vorstellen.

Aus aller Welt.

Südslawien und die deutschen Sachlieferungen. Die Reparationskommission beschäftigte sich unter dem Vorsitz Barthous mit dem Beitritt Südslawiens zum Bemelman-Abkommen über die deutschen Sachlieferungen. Der „Temps" stellt im Zusammenhang hiermit fest, daß Südslawien, das von den deutschen Sachlieferungen starken Gebrauch mache, allein im Jahre 1922 für 117 Millionen Goldmark auf Grund des Friedensvertrages bezogen habe.

Bulgarische Kabinettskrise. An Stelle von Bakaloff und Radoloff wurden Christo Stojanoff zum Innenminister und Kosta Morawieff zum Kriegsminister ernannt. Die Kammer beschloß, die ehemaligen Kabinettsmitglieder Geschow und Danew von 1913, sowie Malinow und Kosturkow von 1918 vor einen Staatsgerichtshof zu laden. Zum Staatsanwalt dieses Gerichtshofes wurde Daskalow, zu Vertretern Radoloff, sowie die Abgeordneten Konsulow und Welitschikow gewählt.

Griechenland will keine Entschädigungen zahlen. Oberst Pluskiras hat nach seiner Rückkehr aus Saloniki in einer Presseunterredung erklärt, daß das griechische Heer für alle Eventualitäten vorbereitet sei. Griechenland werde die Forderung der Türkei, Entschädigung zu zahlen, entschieden ablehnend gegenüberstehe.

Verhandlungen des Stinnes-Konzerns mit Argentinien. Die schon seit drei Monaten schwebenden Verhandlungen des Stinnes-Konzerns mit der Regierung der argentinischen Provinz Corrientes wegen Überlassung ausgedehnter Ländereien zur Baumwollkultur sind zum Abschluß gelangt. Der Konzern Hugo Stinnes hat die Kolonie Nuiva Valentia bei Corrientes käuflich erworben.

Wir empfehlen bei sofortiger Lieferung das neu erschienene Werk:

Nicolaus Coppernicus

Über die Umdrehungen der Himmelskörper + Aus seinen Schriften und Briefen.

Groß-Oktav Format, broschiert. Umfang 77 Seiten.
Preis 8500 Mark,
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.



Stückkohle
Oberschl. Hütten-Koks
Portland-Zement
zur sofortigen Lieferung
offeriert (506
Dom Handlowy
Edward Kępiński, Poznań,
ul. Fredry 12. Tel. 3395.

Mikroskop Nr. Va
für Trichinenschau, 100 × vergrößernd, zu verkaufen.
W. Hildebrandt, Orzeszkowo
bei Dominowo, pow. Środa. [5953

Ich kaufe
alte Garderobe Kindersachen, Wäsche, Damengarderobe, Schuhe, Betten, **Möbel, Pianinos, Teppiche,** Geigen Kinderwagen, Nähmaschinen, Filzhüte. (6083
Zahngebisse zahle bis **3 5000 M. pro Zahn,** ganze **Gebisse** v. **200 000 M., Platin** Gr. bis **90 000 M.,** altes Gold, Silber, Ringe, Uhren.
Altwarenhandlung
Poznań, św. Marcin 34.

Ein Schreibtisch (534
mit Rolljalousie zu kaufen gesucht. Off. u. Nr. **11,142** a. **„Par". Fr. Ratajczaka 8.**

Hausgrundstück,
Gärtnerei
mit 5 Morg. Ackerland, auch zu jedem anderen Geschäft geeignet, an der Hauptstraße gelegen, sofort zu verkaufen.
Näheres bei [5955
H. Schwenk,
Rawicz,
ul. Kowalska 648/49.

In Berlin zu verkaufen:
2 gute zusammenliegende
Hausgrundstücke,
16 u. 19 Mieter, mit großem Hof u. Vorgärten u. m. kl. freier Wohnung, zum sehr billigen Preise von zusammen 30 Mill. Polenmark. — 1 sehr gutes
Hausgrundstück
mit 8 besseren Wohnungen. Preis 18 Mill. Polenmark, sowie einige andere. **O. Schmidt, Poznań, ulica Jasna 5.** (6108

Gelegenheitskäufe!
1 Drillmaschine
Fabrikat „Deutsche Werke" 3 m breit, 23 Reihen, Zahnstangensteuer, fabrikneu,
1 Drillmaschine
Fabrikat „Sack", Klasse 4 a, 3 m breit, 27 Reihen, Zahnstangensteuer, gebraucht,
1 Drillmaschine
Fabrikat „Siedersleben", 3 m breit, 17 Reihen, 21 Saatausläufe, Kettenvordersteuer, gebr., habe ich sehr günstig sofort ab Lager Poznań lieferbar.
Paul Seler, Poznań,
ulica Przemysłowa 28.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in ______________________

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat März 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Teatr Pałacowy
Plac Wolności 6.
Vom 12. bis 18. März:
Die zweite Serie unseres allgemeines Interesse hervorrufenden Meisterwerks der Filmkunst
Die zwei Mädchen von Paris unter dem Titel:
Durch Sturm zerbrochene Lilie.
Beginn der Vorstellungen pünktlich um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Schafwolle!
Kaufe und zahle die höchsten Preise.
Tausche gegen 3½ Pfund Schafwolle
5 Pakete prima Strickwolle.
— Poznań — św. Marcin 34 **Fellhandlung** seit 20 Jahren in Poznań ansässig.

Inserate für die Frühjahrssaison



haben den denkbar besten Erfolg in dem weitverbreiteten und sehr gern gelesenen
Posener Tageblatt.
Wir bitten um möglichst baldige Zustellung der beabsichtigten Inserate, damit sie noch
vor dem Osterfeste
Wirkung haben. Bekanntlich ist namentlich vor dem Feste größerer Bedarf an Herren- und Damengarderobe, sowie an Herren-, Damen- und Kinder-Bedarfsartikeln.

Arbeitsmarkt

Lebensmittel-Großhandlung
in Polnisch-Oberschlesien
sucht erste Kraft
für Getreide- und Kaffeerösterei
mit elektrischem Antrieb. Es kommen nur gelernte Kolonialwarenhändler in Frage, welche die polnische Sprache, mögl. in Wort und Schrift beherrschen. Bewerbungen mit Zeugnisabschrift und Bild unt. **G. 6117** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Verkäufer gesucht,
der deutschen und polnischen Sprache mächtig, aus der **Tuch- und Manufaktur-Branche** bei zeitgemäßem Einkommen. [M B 317
Tuch-Export-Haus
Arthur Lange,
Danzig, Elisabethwall 8.

Zur Vertretung auf 6—8 Wochen
wird **sofort** für eine **Spar- und Darlehnskasse** eine
Buchhalterin
gesucht, die möglichst in einer Ein- u. Verkaufsgenossenschaft schon tätig gewesen ist. Polnische Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Dauerstellung nicht ausgeschlossen. Alles Uebrige einer Vereinbarung vorbehalten. — Meldungen unt. **6086** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gesucht wird aufs Land zum **1. April d. Js.** ein zuverlässiges, evang., mit **Stenographie und Maschineschreiben** vertrautes
Bürofräulein.
Bewerbungen wenn möglich mit Bild, an den [6123
Arbeitgeberverband für die deutsche Landwirtschaft
in Großpolen,
Poznań, ul. Słowackiego 8.

Jungfer oder besseres **Stubenmädchen**
d. nähen, plätten und servieren kann,
für **bald** oder **1. April d. Js. gesucht.** — Meldungen mit Zeugnisabschriften zu richten an:
Frau Rittergutsbesitzer Kirschstein,
Wielki Lubin, pow. Jarocin. [5950

Aeußerst tüchtiger (6114
Negativ-Retuscheur,
in allen anderen Arbeiten bewandert, der polnischen Spr. mächtig, gesucht. Gefl. Off. m. Bild u. Ang. d. Gehaltsanspruchs bei freier Station erbittet **Photogr. Atelier Georg Engler, Wejherowo** (Pomorze).

Jüng. Schwester
für Sprechstunden - Assistenz zum 1. 4. d. J. gesucht.
Dr. Gałdyński
Spezialarzt
f. Hals-, Nasen- Ohrenkranke
Przecznica 2
(früher Wittelsbacherstraße).

Stellengesuche

Wirtschafts-Inspektor,
kath., der deutschen u. polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, gestützt auf gute Zeugn. und sichere Referenzen, sucht zum 1. Juli d. Js.
Dauerstellung
für Verheirateten.
Meldung unt. **B. 6096** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Deutsche helfet!
Ehem. Bes. v. 200 Morgen, enteignet, mittellos, energisch, sucht **Anstellung** als
Wirtschaftskraft
in größ. Gut. Treue u. höchste Arbeitsausgieb. sicher. Gefl. Angeb. unt. **A. K. 3176** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger Mann,
Destillateur, auch in **Kolonialw.-Branche** bewandert, sucht zum **1. April Stellung.** Er ist der deutschen u. polnischen Sprache mächtig, 24 Jahre alt, militärfrei. Offert. unter **B. D. 6115** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Diener,
31 Jahr, verh., **kinderlos,** Oberschl., **erfahren** und **umsichtig im Fach,**
sucht Stellung
als **1.** oder **alleiniger** für **sofort oder später.**
Offerten an (5952
Paul Joschko,
Berlin,
Alexandrinerstr. 87 III.

Deutsche Kontoristin
vertr. m. Stenogr., Schreibm. u. **Buchführ.** sucht ab 1. April Stellung, m. a. d. Lande. Offert. u. **5810** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Besseres evg. Fräulein, sucht **Stellung** als Stütze und Gesellschafterin, a. l. bei alleinst. ält. Dame. Offert. u. **6107** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag,	den 16. 3., abends 7½ Uhr: **„Maskenball",** Oper in 3 Akten von Verdi. Gastspiel Marja Janowska-Kopczyńska.
Sonnabend,	den 17. 3., abends 7½ Uhr: **„Pique Dame",** Oper in 3 Akten (7 Bildern) von P. Tschaikowski.
Sonntag,	den 18. 3., nachmittags 3 Uhr: **„Halka",** Oper in 4 Akten von St. Moniuszko. (Preisermäßigung 50%).
Sonntag,	den 18. 3., abends 7½ Uhr: **„Carmen",** Oper in 3 Akten von J. A. Bizet. Gastspiel Marja Janowska-Kopczyńska.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredry und Sew. Mielżyńskiego.

Evangelisches Vereinshaus.
Montag, den 19. März 1923, abends 8 Uhr:
KONZERT
Irena Dubiska, bekannte Violinistin. **Claudio Arrau,** weltberühmter Pianist (Chile).
Im Programm Werke von Bach, Beethoven (Kreutzersonate).
Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol). [6106

Theater und Kino
APOLLO
Piekary 17. ———— Fr. Ratajczaka 15.
Heute letzter Tag des jetzigen Programms!
Morgen:
Der Kampf der Welten.
Der **Phänomenalfilm** von **Griffith,** dem Schöpfer der „Zwei Waisen" und der „Wege nach dem Osten".
Beginn um 4½, 6½ und 8½ Uhr.
Die Kasse ist täglich von 12—2 Uhr und von 4 Uhr an geöffnet.

Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte (6124
Abteilung Frauenbund.
Freitag, den 23. 3. 23, nachm. um 5 Uhr, im kleinen Saale des **Evangl. Vereinshauses:**
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Wahlen zum Vorstand u. Beirat.
3. Vortrag: **„Frauenerwerbshilfe, eine Aufgabe unserer Zeit."**

Der Vorstand.
J. A.:
L. le Viseur,
Geschäftsführerin.

Dachpappen,
Klebemasse,
Pa. Steinkohlenteer,
Dachpappnägel,
Portland-Zement,
Gips,
Rohrgewebe usw.
lief. z. günstigen Preisen
Gustav Ackermann,
Toruń 8, Mickiewicza 5.
Telephon 9.

Sonntag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im großen Saal d. **Ev. Vereinshauses**
Vortrag
Dr. Leopold Hirschberg
Berlin:
Die deutsche Ballade
mit
Vorführungen am Klavier und Gesang.
Eintrittskarten zu 2000 u. 1000 M. in der Musikalienhandlung von **Górski, ul. 27. Grudnia.** (6125

Eine gut erhaltene
Laute
zu kaufen gesucht. Gefl. Off. u. **D. 6079** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wir liefern zu äußerst günstigen Preisen sof. ab Lager:
Dtsch. Falzhufeisen
Huf- und Draht-Nägel,
Pflugschare und Streichbleche. 6098
Mecentra,
Maschinen-Zentrale,
T. z o. p., Poznań, ulica Zwierzyniecka 13.
Telephon 5612.

Drei starke
Rollwagen
(ohne Federn) verkauf. **Goldmann & Co., Nowy-Tomyśl.** (6100

Rußland und der Weltmarkt.

Der Zeitschrift „Der Osten" entnehmen wir folgende Darlegungen: Lange Zeit hindurch galt in Rußland wie auch in Westeuropa die Meinung als Axiom, daß Rußland als Lieferant von Rohstoffen und Nahrungsmitteln für die Industriestaaten des Westens unentbehrlich sei.

Eine solche Anschauung stützte sich auf Daten von zweierlei Art. Erstens war Rußland tatsächlich vor dem Kriege der bedeutende Lieferant von Nahrungsmitteln in Europa, und zweitens herrschte unmittelbar nach Kriegsende wirklich in allen Staaten des kontinentalen Europa ein großer Mangel an all diesen Nahrungsmitteln. Diese zwei Tatsachen schienen geeignet, die Richtigkeit der These zu erhärten.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch, wie in der Rußlandbeilage des „Revaler Boten ausgeführt wird, ihre Unhaltbarkeit erwiesen. Im Prozeß der Entwicklung der Erzeugung der überseeischen Länder hat es sich gezeigt, daß es durchaus möglich ist, Rußland durch letztere zu ersetzen. Diese Länder vermochten sehr wohl den europäischen Märkten noch mehr Rohstoffe und Nahrungsmittel zu liefern als seinerzeit Rußland, vermöchten ihre Produktion auf diesen Gebieten ihrer Volkswirtschaft über das Maß des eben erreichten noch weit zu steigern, wenn nicht, und das ist das Wesentlichste, die Kaufkraft der europäischen Mächte durch die gewaltige Krisis in Gestalt des Weltkrieges so stark gelitten hätte. Tatsächlich liegen eben die Dinge so, daß die Erzeugung von Lebensmitteln in erster Linie bedingt und begrenzt ist durch die Aufnahmefähigkeit der west- und mitteleuropäischen Märkte, nicht aber durch die Erzeugungsmöglichkeiten der überseeischen Länder und Rußlands. Ein paar Zahlen und Daten mögen zur Illustrierung, in welchem Umfange der russische Export auf dem Weltmarkte ersetzt worden ist, dienen:

Vor dem Kriege betrug der Getreideexport Rußlands im Mittel jährlich 5 Millionen Tonnen oder 300 Millionen Pud. Der Ausfall dieser gewaltigen Getreidemenge auf dem Weltmarkt ist mittlerweile durch die Mehrerzeugung der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens und Argentiniens völlig gedeckt, wobei der Löwenanteil auf die Vereinigten Staaten entfällt.

Vor dem Kriege, in der Periode zwischen 1907 und 1914, betrug der durchschnittliche jährliche Export von Brotgetreide und Mehl aus den Vereinigten Staaten 3,13 Millionen Tonnen oder gegen 200 Millionen Pud. In der Periode zwischen den Jahren 1915 und 1921 dagegen betrug der jährliche Export 6,43 Millionen Tonnen oder gegen 400 Millionen Pud.

Nicht weniger als zwei Drittel des früheren russischen Exports wurden also allein durch die Mehrleistung der Vereinigten Staaten gedeckt. Unzweifelhaft könnten die Vereinigten Staaten, Kanada und Argentinien ihre Produktion noch steigern und noch weit größere Mengen von Getreide auf den Weltmarkt werfen, wenn sie nur zahlungsfähige Käufer finden könnten. Es dürfte bekannt sein, daß die Getreideerzeugung in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre künstlich eingeschränkt wurde und daß an vielen Orten der geerntete Mais als Brennmaterial dienen mußte.

Die Faserpflanzen, wie Flachs und Hanf, die Rußland vor dem Kriege in gewaltigen Mengen ausführte, werden jetzt gleichfalls in anderen Ländern in einem solchen Umfange angebaut, daß der Ausfall damit eingebracht wird. Vielfach sind sie auch durch andere Gespinstfasern ersetzt worden.

Anders liegen die Dinge mit anderen russischen Rohstoffen, in erster Linie mit der Ausfuhr von Holz und von Naphtha. Fürs erste ist der Ausfall an russischem Holzexport durch die Mehrerzeugung anderer Länder noch nicht gedeckt, und es ist auch höchst wahrscheinlich, daß der Weltbedarf an Hölzern ohne Ausnutzung der russischen Waldreichtümer nicht wird befriedigt werden können. Ähnlich liegen die Dinge auch mit dem Naphtha. Gegenwärtig übertrifft die Naphthaförderung der Vereinigten Staaten noch den Eigenbedarf, und seine Vorräte zeigen steigende Tendenz. Von wirtschaftlicher Seite wird aber die Anschauung vertreten, daß die Petroleumquellen der Vereinigten Staaten, im Falle der Verbrauch im selben Tempo wie bisher anhalten würde, im Laufe von 17 Jahren erschöpft sein werden. Daher auch die Tendenz Amerikas, nicht nur die Erzeugung der übrigen Petroleumgebiete in die Hand zu bekommen, sondern auch die Gebiete selber, die berufen erscheinen, in Zukunft eine bedeutende Rolle zu spielen. Unter den anderen Rohstoffen, die einen Hauptausfuhrartikel Rußlands bilden, können nur noch Manganerz und Platina in größerem Umfang durch die Förderung anderer Länder nicht ersetzt werden. An diesen Rohstoffen herrscht gegenwärtig tatsächlich auf dem Weltmarkt Mangel.

Wenn nun aber auch der Weltmarkt in der Lage ist, einen großen Teil des Exportausfalls Rußlands durch die Produktion anderer Länder zu decken, so vermag er doch andererseits in keiner Weise neue Käufer an Stelle von Rußland ausfindig zu machen. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß die mittel- und westeuropäischen Länder, wie etwa Deutschland, Frankreich und andere, zwar einen ständigen starken Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen haben, der auch von den überseeischen Ländern befriedigt werden könnte, jedoch nur rein vom Standpunkt ihrer technischen Produktionsmöglichkeiten aus, tatsächlich ist das aber unmöglich, da die europäischen Staaten nichts haben, was sie ihrerseits Amerika im Austausch liefern könnten.

Die Industriewaren, mit denen die europäischen Länder für die ihnen gelieferten Lebensmittel und Rohstoffe zahlen könnten, werden mit geringen Ausnahmen in Amerika selber in genügenden Mengen produziert. Außerdem bildet der neue amerikanische Zolltarif ein bedeutendes Hindernis für den Import von allen Industriewaren, die auch innerhalb des Landes hergestellt werden. Der Bedarf der Erzeuger, der amerikanischen Farmer an Textilwaren etwa, ist gegenwärtig noch nicht so differenziert und vermag sich nicht schnell genug zu entwickeln, als daß es möglich wäre, gestützt auf diese Verbraucherklasse in Europa die Textilindustrie auf seine Bedürfnisse einzustellen und damit seine Rohstofflieferungen zu bezahlen.

Ganz anders liegen die Dinge jedoch in Rußland. In Rußland besteht ein gewaltiger Bedarf gerade an den Industrieerzeugnissen, deren Herstellung sich in Deutschland und den übrigen Industriestaaten auf der Höhe der Entwicklung befindet. Diese Länder könnten mühelos Rußland für die gelieferten Nahrungsmittel und Rohstoffe mit den Industrieerzeugnissen bezahlen, an denen in Rußland so starker Mangel herrscht.

Wenn es also auch durchaus möglich ist, Rußland als Lieferanten auf dem Weltmarkte so ziemlich zu beseitigen, was auch zu 90 Prozent bereits tatsächlich geschehen ist, so ist es andererseits doch nicht gelungen, Rußland als Käufer von Industrieerzeugnissen in Europa zu ersetzen und wird wohl auch in absehbarer Zeit nicht gelingen, so lange es nicht geglückt ist, den Bedarf der überseeischen Länder an europäischen Waren stark zu steigern.

Der Ausfall Rußlands als Käufer auf den Auslandsmärkten ist nicht in letzter Linie eine der Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, während man seinen Fortfall als Lieferant zum größten Teil bereits überwunden hat. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation bringt es nun mit sich, daß der Käufer auf dem Weltmarkt eine weit größere Rücksichtnahme beanspruchen darf als der Verkäufer. Deshalb hat auch so manches europäische Kabinett in den letzten Jahren umlernen müssen und sich leichteren oder schwereren Herzens entschlossen, seine Rußland-Politik in erster Linie wirtschaftlichen Erwägungen unterzuordnen.

Deutsches Reich.

** **Ungünstige Finanzlage der Reichspost.** Ein sehr düsteres Bild der Finanzlage bei der Reichspost entwarf im Hauptausschuß des Reichstages bei der Beratung des Postetats der Reichspostminister Stingl. Die errechneten Einnahmen betragen etwa 765 Milliarden. Dem stehen 1970 Milliarden Ausgaben gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 1205 Milliarden ergibt. Sehr bemerkenswert war die Mitteilung des Ministers, daß die Tariferhöhungen, mit denen man das Defizit zu verringern hoffte, einen außerordentlich starken Rückgang des Familienverkehrs und des Verkehrs auf kulturellem Gebiete zur Folge hatten. Der geschäftliche Verkehr dagegen erreicht die alte Höhe. Im ganzen ist die Briefpost um mehr als die Hälfte zurückgegangen, die Paketpost um 43 Prozent. In der Diskussion, die sich an diese Mitteilungen schloß, mußte der Minister erklären, daß in absehbarer Zeit das gegenwärtige Defizit der Post nicht auszugleichen sein werde.

** **Der Reichslandbund zur Wirtschaftspolitik.** Der Reichslandbund hat das Ergebnis seiner heutigen Ausschußberatungen in folgender Entschließung zusammengefaßt: Der vom Reichslandbund zum 6. März 1923 einberufene Ausschuß zur Besprechung der Frage der künftigen Getreidewirtschaft stellt fest, daß für die Landwirtschaft vom nächsten Wirtschaftsjahre an nur die völlig freie Getreidewirtschaft in Frage kommen kann. Die Abgabe einer diesbezüglichen Erklärung seitens der Regierung muß sofort erfolgen, wenn nicht die Landeskultur noch mehr geschädigt werden soll, als dies jetzt bereits durch die bedauerliche Verzögerung einer solchen Erklärung erfolgt ist. Die Landwirtschaft ist jedoch bereit, der Regierung eine Sicherheitsreserve an Getreide durch ihre wirtschaftlichen Organisationen und gegebenenfalls unter Heranziehung des legitimen Getreidehandels zum allgemeinen Marktpreise zur Verfügung zu stellen. Wie bisher stets, tritt dagegen die Landwirtschaft ein für eine Verbilligung der Lebenshaltung der wirklich Notleidenden auf Kosten der leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung. Der Ausschuß stellt fest, daß die soeben veröffentlichten Preise für das vierte und fünfte Sechstel der Umlage eine schwere Enttäuschung für die Landwirtschaft bedeuten. Diese Preisfestsetzung beweist, daß auch heute ein volles Verständnis für die Notwendigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes in den Regierungskreisen nicht vorhanden ist! Die Erklärung über die freie Zuckerwirtschaft vom nächsten Wirtschaftsjahre an wird als Fortschritt auf dem Wege einer sachgemäßen Wirtschaftspolitik begrüßt. Die jetzt bekannt gewordenen Beschlüsse des Steuerausschusses des Reichstages hinsichtlich der Bewertung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zur Zwangsanleihe und Vermögenssteuer sind für die Landwirtschaft schwer erträglich und bedeuten eine starke Gefährdung der heute auf das äußerste anzuwendenden landwirtschaftlichen Produktion. Der Landwirtschaft wird hierdurch das schon den heutigen Ansprüchen gegenüber zu knapp bemessene Betriebskapital erneut in schwerwiegender und verhängnisvoller Weise entzogen.

** **Eine Erklärung General Ludendorffs.** Ludendorff ersucht die „Telegraphen-Union" um Verbreitung folgender Erklärung: In München wird anläßlich der jetzt klar und in erschreckender Weise zutage getretenen Wirksamkeit Frankreichs in Bayern aus gewissen Kreisen anscheinend als Ablenkungsmanöver und aus durchsichtigen Gründen verbreitet, ich wäre auch ein Opfer französischer Tätigkeit geworden, indem ich, durch französische Spitzel verleitet, bereit gewesen wäre, Waffen aus München nach Ungarn zu versenden. Diese Waffen wären dann bei der Absendung hier in München in die Hände der französischen Spitzel gefallen. Ich erkläre, daß an der ganzen Sache, soweit meine Person in Frage kommt, kein wahres Wort ist.

** **Erhöhung der Wohnungsabgaben.** In der Reichstagssitzung vom Montag wurde der Gesetzentwurf über die Erhebung der Wohnungsabgaben in zweiter Lesung beraten. Die Regierungsvorlage wollte die gegenwärtig 450 Prozent des Friedenswertes betragende Abgabe auf 750 Prozent erhöhen. Der Ausschußvorschlag geht darüber wesentlich hinaus und beantragt für die beiden nächsten Jahre eine Abgabe von 1500 Prozent für die Länder und weitere 1500 Prozent für die Gemeinden, so daß der Mieter eine Gesamtabgabe von 3000 Prozent des Friedenswertes zu leisten hätte. Die Debatte ergab allgemeine Übereinstimmung mit den Ausschußvorschlägen, doch wurde die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

** **Neue Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise in Berlin.** Die mit der Festsetzung der städtischen Werktarife beauftragten Unterausschüsse der Werkdeputation haben für Berlin mit Rücksicht auf die gestiegenen Kohlenpreise folgende Erhöhungen festgesetzt: für Wasser von 200 auf 400 Mark, für Gas von 420 auf 700 Mark, für Strom von 800 auf 1200 Mark. Die neuen Tarife gelten von der Standaufnahme im März ab.

** **Umbenennung von Straßen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.** In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es heftige Auseinandersetzungen über einige Anträge auf Umbenennung von Straßen. Es handelte sich um die beiden „Berliner Straßen" in Charlottenburg und Tempelhof, deren Namen allerdings ganz ungeeignet sind, da sie ja selbst in Groß-Berlin liegen. Diese sollte „ErzbergerStraße" jene „Walter Rathenau-Straße" benannt werden. Der Antrag wurde abgelehnt. Sodann wurde beantragt, zwei neue, bedeutende, noch unbenannte Straßen in Groß-Berlin nach den beiden Politikern zu benennen. Dieser Antrag wurde aber nur für eine „Walter Rathenau-Straße" angenommen. Die „Erzberger-Straße" wurde mit 99 gegen 98 Stimmen abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten. Hierauf wurde der Antrag, den „Königsplatz" in „Platz der Republik" umzubenennen, ebenfalls abgelehnt, worauf ein ohrenbetäubender Lärm einsetzte. Die Sitzung mußte vorzeitig geschlossen werden.

** **Ablehnung eines Sperrgesetzes für Hypotheken.** Der Rechtsausschuß des Reichstages hat einen Antrag, durch Gesetz die Rückzahlung der vor dem 1. Januar 1922 eingetragenen Hypotheken für die Dauer von fünf Jahren nur mit Zustimmung des Gläubigers zu gestatten, nach Darlegungen des Reichsjustizministers mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

** **Reform des volkswirtschaftlichen Studiums.** Die preußische Hochschulverwaltung hat nunmehr die Verhandlungen über die Neugestaltung des volkswirtschaftlichen Universitätsstudiums abgeschlossen. Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird hierzu aus dem Kultusministerium geschrieben: Es war ein namentlich von der wirtschaftlichen Praxis immer wieder beklagter Nachteil des bisherigen Studienganges, daß die volkswirtschaftlichen Studien bisher keinen anderen Abschluß als die Promotion kannten. Künftig soll das Studium auf eine breitere Basis gestellt werden, namentlich sollen neben den volkswirtschaftlichen Materien

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(47. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Er fühlte, daß ihm eine schwere Zeit bevorstand; denn in ehrlichem Geständnis hatte sie ihn einen Blick in ihre Seele tun lassen und ihm gezeigt, wie es in ihr aussah. Damit aber war auch der letzte Rest von Groll in ihm verschwunden, und er wußte nur das eine, daß er treu zu ihr stehen mußte, wie es auch kam, und alles Leid geduldig zu tragen hatte, was ihm aus ihrer Verirrung erwachsen würde.

Sie deutete sein Schweigen falsch und flehte noch einmal in furchtbarer Verzweiflung: „Hörst Du, Liebster, bei allem, was Dir heilig ist: verlaß mich nicht. Ich gehe sonst zu Grunde!"

Da nahm er sie voll inniger Zärtlichkeit in seine Arme und küßte sie tröstend auf Mund, Wangen und Augen.

XV.

Als es andern Tages hart gegen Mittag ging, ließ sich Fernleitner bei Broighem melden.

Der Graf empfing den Dichter in seinem Salon. Sein Gesicht trug einen gewissen Hochmut zur Schau, und ein spöttisches Lächeln umspielte seine Züge, als er zur Begrüßung die Worte sprach: „Ich hatte Sie, Ihrer Ankündigung nach eigentlich gestern erwartet!"

„Ich wäre auch bereits gestern zu Ihnen gekommen," entgegnete der Dichter, nicht ohne eine gewisse Schärfe im Ton, „wenn sich meine Frau unter der Einwirkung Ihres Giftes nicht dermaßen elend befunden hätte, daß ich den ganzen Tag um sie bemüht sein mußte!"

„Das bedaure ich!" erwiderte Broighem artig und lud Fernleitner zum Sitzen ein.

„Danke, ich stehe lieber!" lehnte der Dichter kühl ab und fuhr in barschem Tone fort: „Ich will gleich zur Sache kommen: Ich muß Sie in aller Form ersuchen, Graf Broighem, meine Frau ein für allemal mit Ihrem Haschisch zu verschonen!"

Wieder glitt das spöttische Lächeln über des Grafen Züge. „Verzeihung, sprachen Sie in ihrem Auftrage?" fragte er.

„Nein!" gestand Fernleitner. „Aber in ihrem Interesse."

„Dann bedaure ich Ihnen erwidern zu müssen," versetzte Broighem mit einer Höflichkeit, die etwas Verletzendes an sich hatte, „daß für mich nur die Wünsche Ihrer Frau Gemahlin maßgebend sind, die sie mir direkt oder indirekt zur Kenntnis bringt!"

„Was soll das heißen?" brauste der Dichter auf.

„Es liegt nicht in meiner Absicht, Herr Fernleitner," gab ihm der Graf mit kühler Artigkeit zurück, „mit Ihnen hierüber zu streiten!"

Des Dichters Antlitz überzog sich mit purpurner Röte. „Dann zwingen Sie mich, andere Mittel gegen Sie zu ergreifen!" rief er drohend.

„Wenn Sie es nicht für unter Ihrer Würde finden, der Polizei Handlangerdienste zu leisten," gab ihm der Graf eisig zurück, „dann tun Sie bitte nur, was Sie nicht lassen können! Im übrigen wünsche ich unsere Unterhaltung jetzt als beendet anzusehen!"

Damit verneigte er sich knapp, wartete eine ebenso kühle Verbeugung des Dichters ab, und steckte sich dann eine Zigarette an, deren aufdringliches Parfüm Fernleitner noch bemerklich wurde, als dieser das Zimmer verließ.

Der Dichter schritt gedankenvoll die Treppe hinab. Auf diesem Wege war dem Grafen nicht beizukommen. Da es Fernleitner aber auch widerstrebte, die Polizei zu Hilfe zu rufen, blieb nur eins: der Kampf mit geistigen Waffen um Ruths Seele und der Versuch, sie dem verderblichen Einfluß zu entziehen.

Er war sich darüber klar, daß dieser Kampf von vornherein mit ungleichen Waffen geführt werden mußte, denn in Ruth waren starke Kräfte am Werk, die sie auf die Seite des Grafen zogen, und Fernleitner hatte ihnen nichts entgegenzusetzen als seine große Liebe, die rein genug war, um helfen und auch leiden zu können. Trotzdem schritt er voll schwerer Sorgen seiner Hütte zu, unter deren Tür Ruth stand, die ihn schon von weitem begrüßte.

Ihr Antlitz hatte die alte Frische wiedergewonnen: nur die leichten Schatten unter den Augen erinnerten noch ein wenig an das, was hinter ihr lag. Von ihrer Seele aber schien der dumpfe Druck genommen zu sein, der sie in den letzten Tagen überschattet hatte; denn sonnig und heiter kam sie dem Dichter entgegen, hing sich an seinen Arm und begann so reizend zu plaudern, daß er fast des dunkelen Verhängnisses vergaß, das finster und drohend über seinem Glücke hing.

In harmloser Fröhlichkeit verspeisten sie zusammen das Mittagsmahl, das Ruth emsig selbst bereitet hatte. Dann bat sie den Geliebten, ihr doch die neuen Hütten zu zeigen, die unter Loisls geschickten, fleißigen Händen emporzuwachsen begannen, und von ihnen schritten sie noch hinüber zu dem bereits fertigen Blockhaus, das den vielen neuen Mitgliedern der kleinen Siedlung einstweilen als Wohnhaus diente.

Es waren bescheidene junge Menschen, drei Maler und ein Schriftsteller, denen das Leben bislang nichts als Sorgen gebracht und die sich nun, für ein paar Wochen befreit von der Qual um das tägliche Brot, wie im Paradiese vorkamen. Zu Fernleitner sahen sie auf, wie zu einem höheren Wesen, das sie dem Elend entrissen hatte, und Ruth brachten sie eine mit einer seltsamen Scheu gemischte Verehrung entgegen, die etwas Rührendes an sich hatte.

Der eine der drei Maler ließ es sich nicht nehmen, Kaffee zu brauen, die anderen beiden brachten ihre Arbeiten herbei, und der junge Schriftsteller las Verse vor, in die er seine ganze Begeisterung über die wundervolle Alpenwelt gegossen hatte.

Fernleitners Antlitz verklärte ein Schimmer von Glück und es kam ihm vor, als wäre hier doch wenigstens ein Teil dessen erfüllt, was ihm bei Gründung seiner Kolonie vorgeschwebt hatte. Er bejah und lobte die Arbeiten, erkundigte sich voll Interesse nach neuen Plänen und forderte die vier jungen Leute auf, gegen Abend mit ihm über den Gletscher zum Observatorium emporzusteigen, wo er sie mit Völker und seiner Frau bekannt machen würde.

Sie waren mit Freuden dazu bereit und voller Neugier, den Gletscher zu betreten, und der älteste von ihnen bat Fernleitner, mit ein paar herzlichen Worten, ihnen auch fernerhin ein treuer Mentor zu sein und sie einzuführen in die Geheimnisse des heiligen Berges.

(Fortsetzung folgt.)

die rechtlichen und privatwirtschaftlichen stärker berücksichtigt werden. Das wird auch in der neuen Gestaltung des Studienabschlusses zum Ausdruck kommen. Diesen Abschluß bildet künftig nicht mehr die Promotion, sondern — nach frühestens sechs Semestern — eine neue Diplomprüfung, ähnlich wie das technische und das landwirtschaftliche Hochschulstudium mit einer Diplomprüfung endigen.

** **Keine Tinte in den Berliner Schulen.** Die Berliner Schulen haben keine Tinte mehr. Der Magistrat bewilligt jeder Schule von 12 Klassen vierteljährlich einen Betrag von ganzen 750 Mk., aus dem Tinte, Kreide, Tafelschwämme und Putzlappen beschafft werden sollen. Dabei kostet ein Liter Tinte jetzt 6000 Mk., ein Tafelschwamm ca. 3000 Mk. usw. So kam es, daß in einem Berliner Gymnasium und in einer Anzahl von Volksschulen seit Wochen jede Schreibtätigkeit der Kinder eingestellt wurde.

** **Keine Regierung in Sachsen.** Der sächsische Staatshaushaltsplan für 1923/24 ist seit geraumer Zeit fertiggestellt. Er kann aber dem Landtag nicht vorgelegt werden, weil keine Regierung vorhanden ist, die das Recht hat, den Voranschlag zu genehmigen. Der Schaden durch die Regierungskrise, die nun schon sechs Wochen andauert, ist gewaltig. Der Voranschlag für das neue Rechnungsjahr, das am 1. April beginnt, schließt mit einem Milliarden-Fehlbetrag ab.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 15. März.

Liquidationsangelegenheiten.

Reichsdeutschen, welche der Liquidation unterliegen, wird am 21. und 22. März d. Js. im Deutschen Generalkonsulat in **Posen** und am 23. und 24. März d. Js. im Deutschen Konsulat in **Thorn** in der Zeit von 10—2 und von 4—7 Uhr besondere Auskunft erteilt werden.

Eine Maßnahme gegen die unbegrenzten Preissteigerungen.

Als eins der Mittel gegen die gewaltige Teuerung aller Bedarfsartikel usw. hatte das Staatsministerium vor etlichen Wochen angeordnet, daß alle in Schaufenstern usw. ausgestellten Lebensmittel mit Preisauszeichnung versehen sein müssen. Es handelt sich hierbei für das ehemals preußische Teilgebiet lediglich um die Wiederauffrischung einer seit dem Weltkriege bestehenden deutschen Verordnung, die jedoch in letzter Zeit bei vielen Geschäftsinhabern völlig in Vergessenheit geraten zu sein schien, jedenfalls von den meisten überhaupt nicht mehr beachtet wurde. Deshalb glänzten in den meisten Schaufenstern die Preisbezeichnungen entweder durch gänzliche Abwesenheit, oder sie waren nur noch hier und da, doch aber so angebracht, daß sie vom Publikum überhaupt nicht gesehen werden konnten. In der Hinsicht ist neuerdings ein Wandel eingetreten, das Starostwo Grodzkie hat die ihr unterstellte Beamtenschaft angewiesen, auf das strikteste auf die Anbringung der Preisauszeichnungen zu achten. Aus diesem Grunde tauchen sie neuerdings immer mehr auf, und nur noch wenige Geschäftsinhaber sind es, die der Verordnung ein Schnippchen zu schlagen wagen. Es soll ja freilich nicht bestritten werden, daß die genaue Befolgung der Vorschrift für jeden Geschäftsinhaber sehr unbequem ist, gleichwohl muß sie im Interesse des kaufenden Publikums, das doch in der Mehrheit ist, durchaus gefordert werden. Denn gerade durch den Vergleich der Preisbezeichnungen in den verschiedenen Geschäften ist das Publikum in der Lage, sich die billigsten Quellen auszusuchen, wenn es sich um Ware derselben Güte handelt. Wer neuerdings einmal derartige Vergleiche anstellt, der wird überrascht sein, wie ungeheuer groß oftmals die Preisunterschiede für dieselbe Ware sind. So kostet z. B. in einem Delikateßwarengeschäft der ul. Głogowska (fr. Glogauer Straße) eine Zitrone 550 M., in einem anderen 700 M. Für eine Apfelsine zahlt man — notabene derjenige, der sich heut einen solchen Gaumenkitzel leisten kann — 700 M., in einem zweiten 1400 M., in einem dritten gar 2500 M. Und immer handelt es sich um Früchte der gleichen Größe und Güte. Ein Päckchen des bekannten deutschen Seifenpulvers „Persil" kostet in einem Geschäft 1300 M., in einem anderen 2000 M. und in den meisten Geschäften 2200 M. Und diese Reihe der Preisverschiedenheiten ließe sich ins Endlose verlängern. Selbstredend haben sich von den Hausfrauen die meisten, die die Augen offen halten, daran gewöhnt, bei ihren Einkäufen diejenigen Geschäfte zu bevorzugen, die nicht mit ihren Preisen in eine schwindelhafte Höhe gehen. Die Geschäfte mit den hohen Preisen haben somit selbstredend das Nachsehen. Im übrigen ist es auch interessant, zu beobachten, wie die Anordnung der Preisauszeichnungen die „Konkurrenz lustig macht". Mancher Geschäftsmann wartet darauf, bis sein Konkurrent die Ware mit der Preisauszeichnung ausgestellt hat, um dann seine eigene Ware sofort mit derselben Auszeichnung zu versehen. Den Vorteil davon hat also das Publikum, und der ist ihm in der Zeit der wahnsinnigsten Teuerung wohl zu gönnen. Man darf daher wohl erwarten, daß das Starostwo Grodzkie auch in Zukunft auf die genaue Durchführung ihrer Verordnung halten wird. hb.

Warum die Getreidepreise sinken.

Der Vorsitzende der Posener Getreidebörse hat einem Mitarbeiter der Pat. folgende Auskunft über die beträchtliche Senkung der Notierungen für Getreide und landwirtschaftliche Erzeugnisse an der Posener Getreidebörse erteilt:

Die Hauptursache für die Preissenkung ist der Mangel an Bargeld. Außerdem haben die großpolnischen Mühlen und die von Pommerellen, die Getreide für Mehl nach Kongreßpolen und Kleinpolen eingekauft haben, seit einer bestimmten Zeit deshalb verminderten Bedarf, weil sie in jenen beiden Teilgebieten seit einiger Zeit weit geringeren Absatz haben. Die Hauptursache für das Aufhören der Mehlausfuhr nach Kongreßpolen und Kleinpolen ist die Tatsache, daß auf den dortigen Märkten seit anderthalb Monaten sehr große Vorräte zum Verkauf auftauchten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kostete ein Waggon Getreide ungefähr 13 Millionen. Da Kongreßpolen und Kleinpolen seit einigen Wochen fast völlig ausreichen, lohnte es sich für das Posener Land gar nicht, seine Vorräte nach den dortigen Märkten abzustoßen. Deshalb werden sie hier verkauft. Die Preissenkung scheint von Dauer zu sein. In den Umsätzen mit landwirtschaftlichen Produkten herrscht bis zu einem gewissen Grade Stillstand bei schwächerer Tendenz. Wahrscheinlich wird die Senkung der Getreidepreise den Rückgang der Preise für Getreidefabrikate nach sich ziehen. Die landwirtschaftlichen Produzenten in Großpolen besitzen noch sehr große Vorräte, die den Gesamtbedarf von ganz Polen decken können. Man könnte sogar ohne Schaden für den Staat vor der Ernte große Mengen Getreide nach dem Auslande ausführen.

Auch an der gestrigen Getreidebörse notierte Roggen wieder um 4000 Mark für den Doppelzentner niedriger, als auf derjenigen am Montag. Und noch immer nicht hört man etwas von billigeren Brotpreisen. Uns soll es gar nicht wundern, wenn die Bäcker jetzt mit der Behauptung auftreten, daß sie noch von ihren alten Mehlvorräten backen. Das Steigen des Brotpreises ging bekanntlich immer mit dem Steigen des Getreides gleichen Schritt, weil es sich „natürlich" immer um neues Mehl handelte. Also auch hier wieder das alte Lied: Je nachdem, wie's trefft!

Falsche Zehntausendmarkscheine.

Wie bereits von uns erwähnt, befinden sich seit einiger Zeit falsche Zehntausendmarkscheine im Verkehr, über deren Aussehen das Starostwo Grodzkie folgendes mitteilt:

Die Banknoten sind auf gewöhnlichem Papier ohne Wasserzeichen ausgeführt, das Außenmaß ist etwas breiter. Vorderseite: Die Farbe ist ein wenig anders grau-grün abgeschattet. Der Grund mit dem Adler und der Zahl 10 000 tritt ungleichmäßig hervor. Das Netz ist unterbrochen und kommt nicht genügend zum Vorschein. Die Bilder sind nicht so plastisch, wie auf den echten Banknoten, da das Gesicht falsch geschattet und die Haare falsch gelockt sind. Die Zeichnungen auf dem Oval, die aus dunklen Punkten bestehen, fließen zusammen, wodurch der helle Grund undeutlich hervortritt. Die Unterschriften sind unförmig und wenig sichtbar. Die Ornamentierung und die Vignetten sind schlecht durchgeführt. Die Buchstaben aller Aufschriften sind ungleichmäßig und unförmig. Die Numerierung ist falsch, die Ziffern sind undeutlich und stellenweise verwischt. Rückseite: Die Farben sind schmutzig-braun abgeschattet, der Grund mit den Ziffern 10 000 verschwindet, das Netz ist unterbrochen und nicht genug hervortretend. Die Ornamentierung ist gleichfalls mangelhaft. Der Druck über die Fälschung ist anders, die Aufschrift „Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa" und „dziesięc tysięcy" nicht entsprechend geschattet. Die Buchstaben haben unförmige Umrisse. Die Linien der Umrahmung sind unterbrochen und dunkler gehalten. Das Falsifikat ist durch Lithographie fertiggestellt, wodurch das Gesamtbild sowohl auf der Vorder- als auch auf der Rückseite Mängel und Ungenauigkeiten besitzt, die leicht ins Auge fallen.

Erhöhung der Fleischbeschauergebühren.

Der Fleischbeschautarif in der Wojewodschaft Posen, ist, wie folgt, von sofort abgeändert worden:

Für gewöhnliche Fleischuntersuchung und Trichinenuntersuchung einschl. der Beschau des Schlachtviehes: das Stück Rindvieh mit Ausnahme von Kälbern bis zu 3 Monaten 2100 M., das Schwein, Lebendbeschau mit Fleisch- und Trichinenschau 1400 M., mit Lebendbeschau ohne Trichinenschau 1050 M., Trichinenschau allein 700 M., das Kalb bis zu 3 Monaten, Schaf, Ziege oder anderes Kleinvieh 700 M., Pferde, Esel, Maulesel 2100 M. Der Fleischbeschauer erhält für das Kilometer 140 M. Reisekosten. Tierärzte erhalten für jede Ergänzungsbeschau ohne Rücksicht auf die Tiergattung 2100 M., außerdem, sofern sie die Reise mit eigenem Fahrzeug zurücklegen, erhalten sie für jedes Doppelkilometer Radweg 1400 M.

Paketverkehr nach Belgien pp. Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns, mitzuteilen, daß nach der Verfügung des Post- und Telegraphenministeriums vom 28. Februar und 2. März d. Js. die Annahme und Absendung von Paketen nach Belgien, Frankreich, Luxemburg, dem Saargebiet und nach dritten Ländern im Transit durch Frankreich bis auf Widerruf eingestellt wird. Die erwähnte Verfügung nimmt jedoch nicht das Recht, einen anderen Transitweg zu benutzen, falls solcher im Auslandstarif für Pakete nach Ländern, die jenseits Frankreich liegen, vorgesehen ist. Nähere Auskunft erteilen die Postämter.

Sämtliche Besitzer von mechanischen Fahrzeugen, die auf Grund früherer Verfügungen registriert und für den Verkehr auf öffentlichen Wegen zugelassen worden sind, müssen spätestens bis zum 15. April an die Wojewodschaftsabteilung für öffentliche Arbeiten Gesuche um erneute Untersuchung, Registrierung und Verkehrszulassung im Sinne des neuen Gesetzes einreichen, falls die erneute Untersuchung und Registrierung in der Zwischenzeit nicht erfolgt ist. Die Antragsteller erhalten von der Wojewodschaft Bescheinigungen über die erfolgte Einreichung der Gesuche, die zusammen mit der früher erhaltenen Bescheinigung über die Ver-

Abermals Teuerung!

Das Emporschnellen der Preise auf allen Gebieten erfordert von neuem die Erhöhung des **Abonnementspreises** unserer Zeitung **ab 1. April d. J.** Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung des Uebelstandes, in dem sich die gesamte Geschäftswelt befindet. **Wir müssen mit der fortschreitenden enormen Teuerung Schritt halten.** Unsere werten Leser werden diese Notwendigkeit auch zu würdigen wissen.

Verlag des Posener Tageblattes.

Theater und Musik.

Der Neuinszenierung von Tschaikowskis „Eugen Onegin" ließ das Große Theater die Wiederaufnahme der früher schon wiederholt aufgeführten „Pique-Dame" desselben Komponisten in den Spielplan folgen. Die erste Aufführung fand am Sonnabend der vergangenen Woche statt.

Die „Pique-Dame", der ebenso wie dem „Eugen Onegin" eine Dichtung Puschkins zugrunde liegt, ist, wie schon nach dem ersten Erscheinen dieser Oper im Großen Theater an dieser Stelle dargelegt wurde, die Tragödie eines Spielers, dessen Leidenschaft nicht nur ihn selbst zugrunde richtet, sondern auch zwei Frauen in den Tod führt: eine Greisin, der er ihr angebliches Geheimnis von den für ihn glückbringenden Karten ablocken will, und ein junges Weib, das ihn liebt und, von ihm, obwohl er sie liebt, seiner Spielleidenschaft geopfert, ihrem Leben ein Ende macht, da sie keinen andern Ausweg findet.

Die musikalisch und dramatisch reizvollsten Teile der Oper sind die große Ballszene des zweiten Aktes mit dem entzückenden Schäferspiel-Intermezzo und die unheimliche Gefängnisszene: während draußn die alte Gräfin zu Grabe getragen wird (man hört den Begräbnisgesang), erscheint dem verzweifelt im Gefängnis sitzenden Spieler Hermann, unter dessen Bedrohung sie verschied, ihr Geist, und Hermann hört, was er von der Lebenden hören wollte und nicht zu hören bekam, — die drei Karten Drei, Sieben Aß (daß er nachher, als er dem Rat der Erscheinung folgen will, an Stelle des Aß die Pique-Dame abhebt, ist die Rache der toten Greisin). Was vor, zwischen und nach diesen beiden Szenen passiert und zu hören ist, ist hie und da für Ohr und Auge ganz unterhaltsam, wäre aber sicher noch unterhaltsamer, wenn der Komponist die Handlung knapper zusammengefaßt hätte und sich nicht gar so sehr seiner russischen Breite und Umständlichkeit hingegeben hätte.

Die genannten Hauptteile der Oper hatten auch in der hiesigen Aufführung am Donnerstag starke Wirkung. Das ist das Verdienst sowohl der musikalischen und szenischen Leitung als auch der beteiligten Solisten. Von Herrn Bojanowski geführt, spielte das Orchester tonschön und lebendig. An der geistreichen mozartischen Einleitung zur Ballszene und an der zierlichen Musik des Schäferspiels konnte man seine Freude haben. Chor und Ballett leisteten sehr Tüchtiges (für den Chor muß bezüglich des letzten Aktes eine kleine Einschränkung gemacht werden), und ihr Zusammenwirken mit den Personen des Schäferspiels (Chloe — Frl. Majchrzakówna, Daphinis — Frl. Szafrańska, Plutus — Herr Zawrocki) machte aus diesem Stück, das wohl in der ganzen Opernliteratur eine Nummer für sich ist, einen wirklichen Leckerbissen. — Hermann, die Hauptperson der Oper, ist Herr Bedlewicz. Die Partie scheint ihm günstig zu liegen, und manches gelang ihm sehr gut. Vor allem aber wußte er auch schauspielerisch zu ergreifen: Das unheimliche Erlebnis im Gefängnis wirkte mit der ganzen vom Komponisten beabsichtigten erschütternden Wucht. — Frl. Chwińska war vor allen Dingen gesanglich eine ausgezeichnete Lisa, — man durfte sich freuen, diese Sängerin nach langer Zeit einmal wieder in einer größeren Rolle zu sehen und zu hören. — Mit den genannten Hauptdarstellern wirkten erfolgreich die Damen Lenczewska (Gräfin), Szafrańska (Pauline), Majchrzakówna (Gouvernante), Koreniec (Mascha) und als Darsteller der Löwen der Petersburger Gesellschaft die Herren Zawrocki (dessen besonders in der Höhe kerniger, volltönender Baß hier sehr gut zur Geltung kam), Karpacki, Ostoja, Popiel (der durch kleine Einzelheiten sich hier wieder als guter Schauspieler zeigte), Klichowski und Krawczyk sowie Herr Warchalewski als Zeremonienmeister.

Das Repertoire des Großen Theaters umfaßt jetzt außer Werken polnischer, französischer und italienischer Komponisten Tschaikowski, d'Albert, Humperdinck, Johann Strauß, Mozart. Das ist schon ein anerkennenswert weiter Kreis. Jetzt sehen wir mit Spannung den angekündigten Musikdramen Richard Wagners entgegen.

*

Eine Aufführung von Herrn Halévys „Jüdin" ist an sich gewiß kein Ereignis von besonderer Bedeutung. Eine solche besondere Bedeutung bekommt sie aber, wenn die Partien dieser Oper so gesungen werden, wie das am Dienstag dieser Woche im Großen Theater der Stadt Posen der Fall war. Hut ab!

Die weibliche Hauptpartie der Oper, die Recha, sang und spielte Frau Janowska-Kopczyńska, die damit ihr zweites hiesiges Gastspiel dieses Winters eröffnete. Sie schöpfte aus dem Vollen, aus dem überreichen Vorrat ihres herrlichen, quellenden Materials und schuf eine lebendige Gestalt großen Stils. Und neben ihr stand unser einheimischer Eleasar, Herr Woliński, mit einer Leistung, die das stete Fortschreiten dieses Künstlers beweist und noch großer, noch schöner war als das, was er in der ersten Aufführung der „Jüdin" bot. Mit der großen Arie „Recha, als Gott Dich zur Tochter mir gegeben" riß er das Haus zu einem Beifall hin, der sich erst legte, nachdem er dreimal vor dem Vorhang erschienen war. Diese Stelle und die von Frau Janowska mit suggestiver Gewalt gesungene Arie im fünften Auftritt des zweiten Aktes waren wohl die Gipfelpunkte des schönen Abends. Daneben aber zeigte sich die reife Kunst des Gastes und unseres einheimischen Tenors in einer ganzen Reihe feiner Einzelzüge, und zwei solche Sänger miteinander Dialog singen zu hören, ist ein Genuß, der einem nicht gerade häufig geboten wird.

Diese „Jüdin"-Aufführung gehörte aber auch sonst zu den stärksten bisherigen Leistungen des Großen Theaters. Es wurde wirklich an diesem Abend fast nur schön gesungen, und zwar von Herrn Tarnawski (Kardinal Brogni), Frl. Marynowiczówna (Eudora), Herrn Malawski (Reichsfürst Leopold), Herrn Warchalewski (Oberschultheiß Ruggiero) und Herrn Mierzyński (Albert). Herrn Kapellmeister Wojciechowski scheint Halévys Stil besser zu liegen als etwa die Lyrik Tschaikowskis: Chor und Orchester klangen ausgezeichnet, und man fühlte, daß am Steuer ein Mann stand, der das Fahrwasser kannte.

*

Frau Janowska-Kopczyńska setzte am Mittwoch als Tosca ihr Gastspiel fort. Sie bot wieder eine gesanglich und schauspielerisch eindrucksvolle Leistung und hatte in den mitspielenden und mitsingenden Herren Bedlewicz (Cavaradossi), Karpacki (Scarpia), Popiel (Angelotti), Ostoja (Spoletta) Mitspieler, die ihrer Aufgabe durchaus gewachsen waren und mit dem Gast zusammen ein vortreffliches Ensemble bildeten. Vor allem aber war der Abend ein Triumph des Orchesters, das sich unter der Führung von Herrn Direktor Stermich in Puccinis Musik so richtig hineinkniete und vor allen Dingen den szenisch so widerwärtigen und musikalisch so prächtigen zweiten Akt für das Ohr zu einem vollendeten Genuß machte. th.

Anekdoten von der Lausanner Konferenz.

Ein ungenannter Teilnehmer der Lausanner Konferenz erzählt in der „Dt. Allg. Ztg." folgende Anekdoten: Die Sitzungen im Chateau in Ouchy waren selbstverständlich streng geheim und geschlossen. Der Kreis der diplomatischen Teilnehmer freilich war groß, denn neben den Türken nahm ganz Westeuropa und der Balkan teil. Daher gelang es eines Tages einem richtigen Journalisten, einem in den Bandenkämpfen des Balkans bewährten und gestählten Serben, angetan mit hohem Hut und bewaffnet mit einer Aktenmappe, an einer solchen geheimen Sitzung teilzunehmen. Die Empörung bei den „Kollegen", denen solch ein Streich nicht gelungen war, war ungeheuer. Man drohte mit Ausstoßung und fragte interessiert so nebenbei, was in der Sitzung denn eigentlich vorgegangen sei. Der Serbe aber entgegnete: „Ich habe mir vorher das große Balkanehrenwort gegeben, nichts verlauten zu lassen von dem, was ich hören würde, und dabei muß es bleiben," — und nach einer Pause mit verklärtem Lächeln: „Ich kann den Herren aber sagen, wenn einmal Gras über Lausanne gewachsen ist, dann gibt es ein wundervolles Feuilleton."

In einer Kommissionssitzung verlangten Franzosen und Engländer, die Türken sollten den Vertrag von Versailles mit allem anerkennen, was er an Nachteilen für Deutschland enthält. Der türkische Vertreter, ein Lase aus dem Kaukasus von riesiger Gestalt, erhob sich langsam von seinem Sitz und sagte: „Was das niedergebrochene Deutschland in seiner Not habe unterschreiben müssen, sei seine (Deutschlands) Angelegenheit. Die Türken hätten in ihrer ruhmreichen Geschichte niemals die Gepflogenheit gehabt, einem gefallenen Freund, an dessen Seite sie viele Siege erfochten hätten, einen Fußtritt zu geben." Die Franzosen und die Engländer bekamen rote Köpfe und die Amerikaner freuten sich darüber.

Eines Tages kam Tschitscherin. Es herrschte ungeheure Aufregung bei allen Neuigkeitskrämern. Der Bahnhof war hermetisch abgesperrt. Auch Pressekarten verschafften keinen Zutritt. Der Schweizer fürchtete für sein Fränkli. Noch größer ward die Aufregung am Abend in Pressekreisen. „Wissen Sie schon. Tschitscherin ist in Begleitung von zwei Offizieren der Berliner Garde in voller Uniform eingetroffen. Der englische Kollege Watson hat es selber gesehen, ich habe es meinen Zeitungen in Paris bereits telephoniert. Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die doppelzüngige deutsche Politik im Nahen Osten." Vergebens bemühten sich die deutschen Journalisten, ihren französischen Kollegen den Irrtum auszureden: Es gibt keine Garde in Berlin, und wenn es eine gäbe, so würde sie nicht in Uniform über die Grenze reisen, am wenigsten in Begleitung eines fremden Ministers. Umsonst. Die Franzosen bleiben dabei, der Engländer hat es gesehen. Endlich tritt dieser herein und man bestürmt ihn mit Fragen. „Nicht wahr, Sie haben es gesehen. Tschitscherin ist in Bern in einem deutschen Salonwagen angekommen", „accompagne de deux officiers de la garde de Berlin, en grande uniform." „Aber nein," sagte der Engländer, „nicht de la garde de Berlin, sondern de la gare de Berlin."

Es waren die dem Salonwagen beigegebenen neu eingekleideten Fensterputzer. Tableau und Sturm auf die Telephonzellen.

Ein hoher Beamter der neutralen welschen Schweiz kam besorgt zu einem deutschen Freund: „Wissen Sie schon, die Franzosen werden nicht nur die Ruhr besetzen, sie rücken sogar bis Berlin vor." Der deutsche Freund antwortete: „Das ist richtig, und streng vertraulich kann ich hinzufügen, daß die Russen sich in den Kopf gesetzt haben, den Franzosen in Berlin die Hand zu reichen und zusammen mit ihnen nach Paris zu gehen." Der neutrale Schweizer soll etwas verstimmt über diese Antwort gewesen sein.

lehrszulassung als vorläufige Legitimation bis zur Anberaumung des neuen Registierungstermins seitens der Wojewodschaft dienen wird. Nach dem 1. Mai werden die Besitzer von mechanischen Fahrzeugen, die bis dahin nicht von neuem untersucht und registriert worden sind, und die nicht die oben angeführten Bescheinigungen bzw. die vorläufige Legitimation besitzen, gesetzlich bestraft. Ihre Fahrzeuge verlieren das Verkehrsrecht. Sämtliche mechanischen Fahrzeuge, die bisher für den Verkehr nicht freigegeben worden sind, erhalten das Verkehrsrecht erst nach Untersuchung und Registrierung auf Grund des bezüglichen Gesetzes.

Keine Auflösung des Arbeitsverhältnisses während der Reservistenübung. Im Zusammenhang mit der Einberufung der Reservisten der Jahrgänge 1897, 96 und 95 zu den achtwöchigen Übungen wird daran erinnert, daß im Sinne des Artikels 3 des Gesetzes vom 15. Juli 1920 das Dienstverhältnis zwischen Arbeitgeber und militärdienstiuendem Arbeitnehmer und dessen Familie während der Militärdienstzeit nicht einseitig gelöst werden darf. Die Strafbestimmungen für Übertretung dieser Bestimmung sieht der Artikel 5 des erwähnten Gesetzes vor.

Opernaufführungen und Konzerte der nächsten Tage. Das Gastspiel Janowska-Kopczyńska im Großen Theater wird am Freitag fortgesetzt mit Verdis „Maskenball", am Sonntag mit Bizets „Carmen". Am Sonnabend wird Tschaikowskys „Pique Dame" gegeben, am Sonntagnachmittag (zu ermäßigten Preisen) Moniuszkos „Halka" (mit Frl. Cywińska in der Titelrolle). — Das Sinfoniekonzert des Orchesters des Großen Theaters findet heute, Donnerstag, im Konzertsaal der Universität statt (Dirigent: Direktor Stermich), das Konzert Dubiska-Arrau (Geige, Klavier) am Montag, dem 19. März, im Evangelischen Vereinshause.

Ein Beethovenabend wird das letzte (vierte) Konzert des „Polnischen Quartetts", das am Donnerstag, dem 22. März, im Vereinshaussaal stattfindet. Der Abend bringt drei Quartette, die den drei Hauptschaffensperioden Beethovens entnommen sind. Eintrittskarten bei Bote u. Bock (W. Górski), ul. 27. Grudnia.

X **Schornsteinbrand.** Die Feuerwehr wurde gestern vormittag 11 Uhr zu einem Schornsteinbrande gerufen. Der Schornstein, der aus innen mit Blech beschlagenem Holz bestand, brannte aus und fiel herunter.

X **Schreibmaschinendiebstahl.** Aus einem Bureau in der ul. Strzelecka 12 (fr. Schützenstraße) wurde eine Schreibmaschine Marke „Continental" mit der Nr. 70 288 im Werte von zwei Millionen Mark gestohlen.

□ **Birnbaum,** 14. März. Gegenüber den abermals verbreiteten Nachrichten über den Verkauf des Rittergutes Lewice an einen gewissen Zelno aus Lissa teilt uns die Besitzerin, Frau von Haza-Radlitz, mit, daß der Verkauf des Gutes nicht zustandegekommen ist, da das Vormundschaftsgericht die Genehmigung des im Juli v. Js. abgeschlossenen Vertrages endgültig verweigert hat.

* **Bromberg,** 10. März. Der heutige Wochenmarkt war sehr stark beschickt, besonders reichlich waren Butter und Eier vorhanden. In den Preisen ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Butter kostete 10 000 M., war aber stellenweise auch billiger, und es ist anzunehmen, daß bei der heute vorhandenen Buttermenge das Sinken des Preises, das sich schon in den Morgenstunden bemerkbar machte, anhält. Eier kosteten durchschnittlich 7500 M.

* **Culmsee,** 14. März. Die Verpflegungskosten im hiesigen Kreiskrankenhause sind der Zeit entsprechend erheblich heraufgesetzt worden und betragen in der 1. Klasse 24 000 M., in der 2. Klasse 22 000 M. und in der 3. Klasse 14 000 M. täglich. Aus anderen Kreisen stammende Kranke zahlen in jeder Klasse 1000 M. mehr (bisher 20 Prozent mehr). Krankenkassenmitglieder haben 15 000 M. Tagesgelder zu zahlen.

* **Czarnikau,** 13. März. 2 290 000 Mark in polnischer und 5000 Mark in deutscher Währung, sowie für eine halbe Million Mark Lebensmittel wurden am Montag beim hiesigen Grenzübergang auf einem Wagen Umzugsgut, der aus Sarbia stammte und hier nachrevidiert wurde, gefunden und beschlagnahmt. Eine Million des Geldes hatte der Auswanderer von einem Bekannten bekommen, um sie nach Deutschland zu bringen.

* **Gollub, Kr. Briesen,** 12. März. Von einem Förster erschossen wurde der Agent Stan. Bieńkowski von hier. Als er mit seinem Bekannten Makowski auf einer Fuhre Strauch saß, während er durch den Wald fuhr, glaubte der Förster Balcerowicz, er habe Diebe vor sich, und schoß. Der Schuß war sofort tödlich, und auch M. wurde am Arm verletzt. Nähere Einzelheiten über den bedauerlichen Vorfall sind noch nicht bekannt.

* **Gnesen** 13. März. Am vorigen Dienstag kam es hier zu Kundgebungen von Arbeitslosen. Ein langer Zug beabsichtigte, sich zum Magistrat zu begeben. Unterwegs wurde er jedoch von der Polizei aufgelöst. Kleinere und größere Gruppen von Arbeitslosen sammelten sich dann auf dem Marktplatz und der ul. Chrobrego an und demonstrierten gegen die schwere Lage der Arbeiter und gegen den Arbeitsmangel. Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen. Polizeipatrouillen durchquerten bis zum späten Abend die Stadt. Der Starost warnt die Bevölkerung vor unzulässigen Zusammenrottungen und Umzügen auf den Straßen. Im äußersten Falle soll die Polizei von der Waffe Gebrauch machen.

* **Graudenz,** 14. März. Die Barbiere haben wieder ihren Tarif erhöht. Haareschneiden kostet 3000 Mk. und Rasieren 800 bis 1000 Mk. Ein Teil der Meister sprach sich gegen die starke Erhöhung aus, wurde aber überstimmt.

p. Kurnik 15. März. (Privattelegr.) Heute nacht wurden hier bei einem Händler 15 Kalbsfelle und ein Sack Wolle im Gesamtwerte von rund 1½ Millionen Mark durch Einbruch gestohlen.

* **Mogilno,** 12. März. Bekanntlich wurden die im November 1921 hier vollzogenen Stadtverordnetenwahlen von der Wojewodschaft für ungültig erklärt. Die neuen Stadtverordnetenwahlen finden am 18. März d. Js. zwischen 9 Uhr früh und 6 Uhr abends statt. Von polnischer Seite einigte man sich dahin, daß nur eine Liste aufgestellt wird. Von deutscher Seite wurde auch eine Kandidatenliste aufgestellt.

* **Neutomischel,** 13. März. Am Freitag wurde durch die Schelle bekanntgegeben, daß der Gaspreis ab 1. März d. Js. 1800 M. für das Kubikmeter beträgt. Großkoks kostet der Ztr. 30 000 M., Kleinkoks 28 000 M. Das Wassergeld beträgt für ein Zimmer oder eine Küche 1000 M. für ein Vierteljahr, für ein Kubikmeter 500 M., ab 1. Januar d. Js. rückwirkend.

p. Opalenitza, 15. März. (Privattelegramm.) Auf dem Dominium Erlenhof wurde ein Paar Kutschgeschirre im Werte von 1½ Millionen Mk. gestohlen.

* **Stargard,** 12. März. Am Donnerstag übernahm der zum Bürgermeister gewählte bisherige Stadtkassendirektor Czwojdziński sein neues Amt.

* **Znin,** 12. März. Der am 8. d. Mts. abgehaltene Kram- und Pferdemarkt war reich beschickt; für Pferde konnte aber kein rechter Umsatz vonstatten gehen, weil überall Geldknappheit herrschte. So nahmen die meisten Verkäufer ihre Tiere nach Hause.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg.** 13. März. Im Lazarett stieß der Frau eines Bankbeamten ein höchst unangenehmes Mißgeschick zu. Ihr neugeborenes Kind, ein gesunder und schöner Knabe, wurde beim Baden verwechselt und anstatt eines Knaben wurde ihr ein Mädchen zurückgebracht. Auf die Einsprüche der Mutter hin wurde unter den im Spital vorhandenen sechs Knaben und drei Mädchen nachgesucht, aber die Wahl war sehr schwer, da die Mutter ihr Kind nicht genau wiedererkennen konnte, so daß sie fürs ganze Leben unter dem Eindrucke stehen wird, daß sie unter Umständen ein fremdes Kind großzieht.

* **Włocławek,** 11. März. Über einen, der nicht weiß, wie viel Geld er besitzt, berichtet die „Lodzer Fr. Pr.": „In einer der Włocławeker Banken erschien ein einfacher Landmann mit einem ziemlich großen Sack. Als man ihn nach seinem Begehr fragte sagte er, er möchte in der Bank Geld abgeben, denn es könnte zu Hause einmal ein Unglück geben. Man fragte ihn, wie viel er denn im Sack habe. Der Bauer kratzte sich hinter den Ohren, denn obwohl er es gezählt hatte, wußte er nicht genau, wie viel darin war, denn das Zusammenzählen solch großer Summen fiel ihm nicht leicht. Er meinte, es könnten wohl so an die neunzehn Millionen sein. Es ging ihm wie den Leuten, von denen man anno dazumal sagte, daß sie so reich seien, daß sie selbst nicht wissen, wie viel sie besitzen. So auch bei diesem Landmann. Man schüttete den Sack aus und zählte nicht neunzehn, sondern siebenundzwanzig Millionen."

Aus Ostdeutschland.

* **Neustettin,** 11. März. Eine Räubergeschichte, die auf dem Bahnhof Grünewald passiert sein soll, berichtet die „Nordd. Presse": Eine Frau aus G., die in Bublitz größere Einkäufe gemacht hatte, fuhr mit dem letzten Zuge heimwärts. Als sie in Grünewald aussteigen wollte, wurde sie von drei im Zuge befindlichen Burschen beraubt. Auf ihre Hilfegeschrei eilten mehrere Schupobeamte, die ebenfalls den Zug benutzten, herbei, forderten die entfliehenden Räuber auf, zu stehen, und da sie dem Befehl nicht nachkamen, wurde einer der Diebe niedergeschossen. Die beiden anderen Spitzbuben konnten festgenommen werden.

Aus dem Gerichtssaale.

Wieder ein deutscher Presseprozeß.

* **Stargard,** 13. März. Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts Stargard stand am Sonnabend der Herausgeber und verantwortliche Schriftleiter der „Deutschen Zeitung in Pommerellen" Dr. Krull. Die Anklage gründete sich auf § 131 des Strafgesetzbuches (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch Verbreitung unwahrer oder entstellter Tatsachen). Die Stellen des Zeitungsartikels, durch den die strafbare Handlung begangen sein sollte, besagten kurz, daß aus der Stadt Graudenz eine Anzahl von Optanten und Reichsdeutschen ausgewiesen seien, und daß es sich dabei um durchaus friedliche und harmlose Menschen gehandelt habe. Zeugen waren nicht geladen. Als einziges Beweismaterial lag ein Schreiben des Stadtpräsidenten Włodek aus Graudenz vor, aus dem hervorging, daß tatsächlich eine Reihe von Leuten ausgewiesen war, doch wurde behauptet, daß sie gemeiner Verbrechen, Vergehen oder feindseliger Gesinnung verdächtig gewesen seien. Der Angeklagte, der seine Verteidigung selbst übernommen hatte, beantragte persönliche Ladung des Stadtpräsidenten Włodek als Zeugen, was jedoch vom Gericht abgelehnt wurde. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft behauptete, daß der Tatbestand des § 131 gegeben sei, und beantragte zwei Wochen Gefängnis. Der Angeklagte führte aus, daß das Schreiben des Stadtpräsidenten zunächst ergebe, daß Ausweisungen tatsächlich vorgekommen seien, daß er jedoch ein einfaches Schreiben nicht als vollgültiges Beweismaterial anerkennen könne. Vor allem könne die Bemerkung, daß die Ausgewiesenen strafbarer Handlungen verdächtig seien, keinesfalls als hinreichender Beweis dafür dienen, daß sie keine harmlosen Bürger gewesen seien. Niemand habe das Recht, die bürgerliche Ehre eines Menschen anzutasten, solange nicht ein ordentliches Gericht ihre Schuld festgestellt habe. Es sei also keineswegs bewiesen, daß die in dem Artikel behaupteten Tatsachen unwahr seien. Er könne auch nicht erkennen, warum die in dem Artikel erwähnten Tatsachen geeignet sein sollen, die Anordnungen des Stadtpräsidenten verächtlich zu machen. Auf keinen Fall sei der Zweck der Verächtlichmachung als beabsichtigt anzusehen, oder man müsse schon das Vorurteil gegen die allgemeine Tendenz der „Deutschen Zeitung" haben, daß sie den Einrichtungen des Staates feindlich gegenüberstehe. Das sei jedoch dadurch leicht zu widerlegen, daß die „Deutsche Zeitung in Pommerellen diejenige sei, die sich am deutlichsten hinter die Politik der gegenwärtigen Regierung stelle, mehr denn die große Mehrzahl der polnischen Zeitungen in Pommerellen. Solange es noch Tausende von Deutschen in Pommerellen gäbe, würden sie das Recht auf eine deutsche Zeitung für sich in Anspruch nehmen. Der durch die Verfassung begründete Zweck dieser Zeitung würde selbstverständlich immer der sein, die Rechte und Belange der Deutschen in Pommerellen wahrzunehmen. Das sei auch der Zweck des Artikels gewesen. Nicht einen Augenblick habe man dabei an die Möglichkeit gedacht, daß der Stadtpräsident von Graudenz sich dadurch verächtlich gemacht fühlen könne. Niemals würde der Beweis gelingen, daß die „Deutsche Zeitung" nicht für die Hebung der Autorität der Behörden eingetreten sei. Kritik an manchen Übertreibungen könne da nur förderlich sein. Außerdem habe die „Deutsche Zeitung" dadurch, daß sie für die durch ihre Ausweisung der Existenz beraubten Deutschen eingetreten sei, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Aus all diesen Gründen sei eine Freisprechung wohl am Platze. Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf eine Geldstrafe von 6000 Mark. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. Sch. 200. 1. Ihre Wirtschaft ist nicht liquidierbar, Ihrer Einbürgerung steht unseres Erachtens nichts im Wege. Der Antrag ist bei der Wojewodschaft zu stellen.

P. R. in P. Ihr Grundstück kann nicht liquidiert werden.

H. in P. 1. Der Schiedsrichter ist nur dazu da, den Versuch zu machen, eine Einigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Kommt eine solche nicht zustande, dann müssen Sie im Wege der Privatklage vorgehen; der Schiedsrichter veranlaßt in der Angelegenheit nichts weiter. 2. In der zweiten Sache wenden Sie sich am besten an die Geschäftsstelle des „Pos. Tagebl.", das derartige Anzeigen an auswärtige Zeitungen vermittelt. Preis der Anzeige im „Pos. Tagebl." 8640 Mk.

R. G. Anfragen, denen der Bezugschein nicht beigefügt ist, beantworten wir nicht, ganz besonders aber dann nicht, wenn sie anonym gehalten sind.

M. C. in Pl. Nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 1929), das natürlich auch für Mecklenburg gilt, kommen Sie als gesetzliche Erben der fünften Ordnung in Frage.

P. F. Richtig ist, daß die Rechnung des Arztes sich vor 1¾ Jahren ziffernmäßig erheblich billiger gestellt hätte, vergessen aber dabei, daß das Geld in der Zeit bedeutend entwertet worden ist. Unseres Erachtens ist das geforderte Honorar durchaus zeitgemäß.

H. K. in B. 1. Diese Gebühr ist nicht einheitlich, sie wird vielmehr von Fall zu Fall entschieden und richtet sich nach dem Vermögensstande des Antragstellers. 2. Im Johannenhause (der alten Diakonissen-Krankenanstalt).

A. K. in Dl. G. 1. Nach § 2231 des B.-G.-B. kann ein Testament in ordentlicher Form errichtet werden 1. vor einem Richter oder Notar, 2. durch eine von dem Erblasser mit Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung. Die von Ihnen angegebene Art des Testaments ist demnach rechtsungültig. 2. Das von Ihnen in Abschrift eingesandte Testament muß nur noch in der Form ergänzt werden, daß das Datum nicht in Zahlen, sondern in Buchstaben angegeben wird. Also „fünften März Neunzehnhundertdreiundzwanzig". Gegen die Fassung des Testaments läßt sich nichts einwenden.

C. K. Anfragen, denen der Bezugsschein des „Posener Tagebl." nicht beiliegt, bleiben unbeantwortet.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Die polnische Mission auf der Lyoner Messe.** Die polnische Wirtschaftsmission hat unter Führung des Pressechefs des Außenministeriums, Targowski, die Lyoner Messe besucht und ist am Montag abend auf ihrer Rückreise in Paris von Vertretern der Pariser Handelskammer, der polnisch-französischen Gesellschaft und von Vertretern der polnischen Gesandtschaft auf dem Bahnhof begrüßt worden. An demselben Abend gab die polnisch-französische Gesellschaft im Hotel „Louvre" einen Empfangsabend zu Ehren der Gäste, der sich bis nach Mitternacht hinzog.

= **Getreide und Baumwolle in Sowjetrußland.** In der amtlichen Sowjetpresse wird gegenwärtig die Getreideausfuhr lebhaft besprochen. Die Frage ist bereits dahin entschieden worden, daß man beschlossen hat, Korn nach dem Auslande auszuführen. Die Moskauer „Prawda" erklärt, daß Rußland gegenwärtig eine Rohstoffkrise durchmache. „Wir müssen", schreibt die „Prawda", Baumwolle im Auslande kaufen, und wenn unsere alten Vorräte erschöpft sein werden, werden wir nur Auslandsbaumwolle verarbeiten müssen. Über die Notwendigkeit der Hebung der turkestanischen Baumwollproduktion sind bereits Hunderte von Artikeln geschrieben, aber bisher nichts getan worden." Wie die „Prawda" feststellt, müsse man, um die Baumwollproduktion in Turkestan zu heben, solche Mengen Getreide dorthin lenken, daß die turkestanischen Landleute angesichts des Rückgangs der Kornpreise von neuem Baumwolle anzubauen beginnen.

= **Die kapitalstärkste Aktiengesellschaft der Welt.** Demnächst wird, dem „Jha" zufolge, bei der American Telephone and Telegraph Company eine Kapitalserhöhung vorgenommen werden, die diese Gesellschaft zur kapitalstärksten Aktiengesellschaft der Welt machen wird. Die „Telandtel" hat nämlich die Aktionäre um Ermächtigung nachgesucht, das gegenwärtige Gesellschaftskapital von 750 000 000 Dollars um 250 000 000 Dollars auf 1 Milliarde Dollars zu erhöhen. Durch diese Transaktion wird die American Telephone and Telegraph Company zum größten Aktienunternehmen der Vereinigten Staaten und wird an Kapitalsstärke selbst die United Staates Steel Corporation übertreffen, die über ein Aktienkapital von 950 000 000 Dollars verfügt.

= **Warschauer Getreidebörse vom 13. März.** Posener Getreide 117—118 Pfund fr. Verl. 125 000—126 000 Mk. Posener Hafer fr. Verl. 130 000—131 000 Mk. Posener Gerste fr. Verl. 104 500 Mk. Posener Weizen fr. Verl. 240 000 Mk. Kongreßroggenmehl (70 %) fr. Verl. 212 000 Mk. Leinkuchen fr. Verl. 120 000 Mk.

Berliner Produktenbericht vom 13. März.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	41 000—42 000	für 100 kg ...	110 000—120 000
pommerscher ...	—	Weizenkleie	20 000
mecklenburger ..	—	Roggenkleie	21 000—22 000
Roggen		Raps	85 000
märkischer	38 500—39 500	Leinsaat	85 000
westpreußischer .	—	Hülsenfrüchte	
ostpreußischer .	—	Viktoriaerbsen	65 000—72 000
schlesischer	—	kl. Speiseerbsen ...	50 000—55 000
Gerste		Futtererbsen	—
Sommergerste ..	32 000—33 000	Peluschken	65 000—80 000
Wintergerste ...	—	Ackerbohnen	35 000—42 000
märkische	—	Wicken	55 000—75 000
Hafer		Blaue Lupinen ...	50 000—60 000
märkischer	30 000—31 000	Gelbe „ ...	70 000—90 000
schlesischer	—	Serradella	75 000—100 000
Mais		Rapskuchen	29 000—30 000
loko Berlin	—	Leinkuchen	—
frei Hamburg ..	38 000—39 000	Trockenschnitzel ...	13 000—14 000
Weizenmehl		Zuckerschnitzel	21 000—22 000
für 100 kg ...	120 000—130 000	Torfmelasse	9000—9500
		Kartoffelflocken	20 000—21 000

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen La Plata faq. Rosa Fe 12,80 Fl., man. I 13,05 M. und 9,45 Fl., gelb La Plata faq. 9,65 Fl. lose gesackt, Gerste, Donau 62/63 Kg. 8,30 Fl., Roggen, Western II 10,20 Fl., La Plata-Leinsaat 21,50 Fl., Weizenkleie 7,40 Fl., Pollards 7 Fl. Kurs: 8180—8295.

Danziger Mittagskurse vom 15. März.

Die poln. Mark in Danzig 45½ (Geld), 46 (Brief),
Der Dollar in Danzig 20 750 (Geld), 20 900 (Brief).

Warschauer Börse vom 14. März.

Devisen:

Belgien	2450—2410	Paris	2792½—2785
Berlin	2.27½—2.10	Prag	1385—1375
Danzig	2.11—2.10	Schweiz	8565—8560
London	216 000—212 000	Wien	65½
Neuyork .	45 250—45 650—44 250	Italien	2225

Berliner Börsenbericht

vom 14. März.

Disk.-Komm.-Anleihe	9 625.—	Polnische Noten	45.50
Danz. Priv.-Aktienbank	7 100.—	Auszahlung Holland ..	8 245.—
Hartmann Masch.-Aktien	13 000.—	„ London ..	98 000.—
Phönix	48 250.—	„ Neuyork ..	20 845.—
Schuckert	24 250.—	„ Paris ...	1 262.50
Hapag	42 250.—	„ Schweiz ..	2 885.—
3½ % Pos. Pfandbriefe	160.—	Ungarische Goldrente ..	75 250.—
Auszahlung Warschau	45.25		

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Gemeinde-Synagogen.
Andacht in den
Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 16. März, abends 6 Uhr.
Sonnabend, vorm. 9¼ Uhr, mit Schacharis beginnend, Neumondverkündung und Predigt,
nachm. 6 Uhr Jugendandacht und Predigt.
Sabbatausgang 6 Uhr 41 M.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr (Montag und Donnerstag 6¾ Uhr), ab. 6 Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.

Freitag, 16. März, abends 6 Uhr.
Sonnabend, den 17. März, vorm. 10 Uhr.
Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.
Täglich Lehrvorträge.

Ausgabestellen des „Posener Tageblatts".

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: **Evgl. Vereinsbuchhdlg.**
Plac Św. Krzyski (Petriplatz) 3: **Kwaśniewski.**
Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: **Hoffmann.**
Wały Jagiełły (Karmeliterwall) 2a: **Baerwald.**
Rybaki (Fischerei) 10: **Karpinska.**
Plac Sapieżyński (Sapiehaplatz) 7: **Bienkowski.**
Św. Wojciech (St. Adalbertstr.) 2: **Czarny.**
Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: **Manke.**
Ulica Wielka (Breite Straße) 28: **Blaszczyk.**
Wolnica (Wronker Platz) 4/5: **Podolski.**
Stary Rynek (Alter Markt) 6/7: **Gumnior.**
Stary Rynek (Alter Markt) 45: **Goldenring.**
Ulica Wroniecka (Wronker Straße) 4: **Michałowski.**
Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: **Toepper.**
Ulica Flisacza (Schifferstr.) 17: **Jendrusiak.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: **Hoffmann.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: **Gumnior.**
Ulica Sew. Mielżyńskiego (Viktoriastr.) 22: **Rymarowicz.**
Plac Nowomiejski (Königsplatz) 9: **Malachowski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstraße) 1: **Gilewski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstr.) 6/7: **Szeląg.**
Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 25: **Grubert.**
Ulica Pocztowa (Friedrichstr.) 22: **Chmilewska.**
Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) 34: **Andrych.**
Małe Garbary (Kl. Gerberstr.) 8: **Spiączkówna.**
Chwaliszewo (Wallischei) 4: **Brabänder.**
Chwaliszewo (Wallischei) 9: **Wunsch.**
Chwaliszewo (Wallischei) 73: **Winkler.**

Jersitz:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Viktor.-Str.) 25: **J. Dymek.**
Ulica Jeżycka (Jersitzer Str.) 41: **Kaczor.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: **Dluzewska.**
Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: **Baensch.**
Ulica Szamarzewskiego (Kaif.-Wilh.-Str.) 24: jetzt **Antoni Duber** früher **Müller.**
Ulica Szamarzewskiego (Kaif.-Wilh.-Str.) 8: **Selzer.**
Ulica Szamarzewskiego (Kaif.-Wilh.-Str.) 32: **Gronek.**
Ulica Patrona Jackowskiego (Nollendorfstr.) 30: **Adamczak.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 52: **Kleczewski.**

St. Lazarus

Ulica Niegolewskich (Augustastr. 7): **Smigaj.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 76: **Adamczewski.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 101: **Schleh Nachf.**
Ulica Wyspiańskiego (Hardenbergstr.) 5: **Błażejewicz.**
Ulica Śniadeckich (Herderstr.) 1: **Roman Zygulski.**
Ulica Kanałowa (Kanalstr.) 4: **Olejnik.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 24: **Jankowiak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 25: **Walczak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 7: **Woroch.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: **Stajzewski.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 66: **Ledworowski.**
Ulica Kolejowa (Bahnstraße) 43: **Urbaniak.**
Rynek św. Łazarska (Lazarusmarkt) 3: **Motylewski.**

Wilda:

Ulica Poplińskich (Am Rosengarten) 5a: **Lewicki.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 59: **Freund.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 16: **Szafrański.**
Ulica św. Czesława (Caprivistr.) 14: **Pohl.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 47: **Nagler.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 56: **Tasiemski.**
Ulica Żupańskiego (Hohenlohestr.) 6a: **Riedel.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 54: **Anderiz.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 94: **Baranowska.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 117: **Żeliński.**
Ulica Przemysłowa (Margaretenstr.) 34: **Wosinski.**
Ulica Rożana (Rosenstr.) 5: **Pieprzyk.**
Ulica Fabryczna (Fabrikstr.) 13a: **Łopaka.**

Der Bezugspreis für das **„Posener Tageblatt"** beträgt bei den Ausgabestellen für **April 7800.— Mk.**

Bestellungen werden in allen vorstehenden Ausgabestellen entgegengenommen sowie in der **Hauptgeschäftsstelle** Poznań W3 **Ul. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) 6.**

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".